

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

## Die verspätete Nation

**Band 1/120: 28.06.1919 ("Versailler Friedensvertrag" ...)**

Teil II-III (regelte die Festsetzung der neuen Grenzen und die Ausbeutung von deutschen Kohlengruben): Bei den Gebietsabtretungen spielte Frankreich eine besonders unrühmliche Führungsrolle und befürwortete speziell den polnischen und tschechischen Expansionsdrang nach Westen. Die Polen und Tschechen sollten nach den französischen Wunschvorstellungen die bisherige Aufgabe der Deutschen ("Pufferzone" zwischen Ost- und Westeuropa) übernehmen und wichtige Eckpfeiler gegen Rußland werden. Diese kurzsichtige und menschenverachtende Politik änderte nicht nur die Landkarten Ost-Mitteleuropas grundlegend, sondern sie bedeutete letztlich auch den ersten Schritt zur Liquidation der jahrhundertealten deutschen Ostsiedlung.

Gebietsabtretungen (ohne Volksabstimmung):

1. Frankreich übernahm Elsaß-Lothringen. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.
2. Eupen und Malmedy (mit rd. 60.000 Einwohnern; davon 50.000 Deutsche) mußte an Belgien abgetreten werden.
3. Polen erhielt nahezu die gesamte Provinz Posen und rd. 75 % der Provinz Westpreußen. Der "Polnische Korridor" trennte die preußische Provinz Ostpreußen danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, vom übrigen Deutschen Reich.
4. Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil = 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.
5. Das Memelland erhielt am 4. Oktober 1920 zwar eine französische Besatzungsmacht, wurde später aber gewaltsam durch Litauen besetzt und nach Zustimmung des Völkerbundes annektiert (eindeutiger Bruch des Friedensvertrages!).
6. Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen mit seinen großen Kohlevorkommen) mußte man der Tschechoslowakei überlassen.

Abtretungsgebiete mit Volksabstimmung:

1. Nordschleswig fiel an Dänemark (75 % der Bevölkerung stimmten gegen das Deutsche Reich).
2. Oberschlesien fiel an Polen (obgleich sich 59,6 % der Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden). Oberschlesien wurde nach der Volksabstimmung kurzerhand gewaltsam durch polnische Truppen besetzt und das Deutsche Reich mußte gemäß Entscheidung des Völkerbundes vom 20. Oktober 1921 die wertvollsten Teile der östlichen ober-schlesischen Industriegebiete abtreten. Diese ungerechte Entscheidung stellte ebenfalls einen schwerwiegenden Vertragsbruch der Siegermächte dar.

Frankreich erhielt das Recht, die wertvollen Kohlevorkommen an der Saar auszubeuten (Volksabstimmung nach 15 Jahren). Die linksrheinischen Gebiete der preußischen Rheinprovinzen dienten als "Bürgschaft" und wurden in 3 Besatzungszonen eingeteilt (insgesamt 32.452 qkm mit 7,2 Millionen Einwohnern). Die linksrheinischen Gebiete sollten bei pünktlicher Vertragserfüllung nach 5-15 Jahren Militärbesatzung geräumt werden (x041/82). Das Deutsche Reich mußte selbstverständlich auch die gesamten Besatzungskosten tragen.

**Teil IV-V (regelte die sonstigen Enteignungen und die Überwachung der Abrüstung):** Das Deutsche Reich mußte auf alle deutschen Kolonien (Gebietsgröße = rd. 3,0 Millionen qkm) und die deutschen Rechte im Ausland (Patente, Überseekabel etc.) verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015).

**Militärische Bestimmungen:** Ablieferung des Kriegsmaterials (u.a. alle U-Boote und die meisten Schiffe der deutschen Kriegsmarine sowie rd. 2.000 Jagd- und Bombenflugzeuge), Aufhebung der Wehrpflicht, Auflösung der einst stolzen deutschen Militärmacht und Einführung einer sehr kleinen Berufarmee (Heer = 100.000 Soldaten und Marine = 15.000 Mann), Zerstörung aller Küstenbefestigungen und Festungen ostwärts des Rheins (in einer Entfernung von 50 km), Verbot und ständige Überwachung der Rüstungsproduktion (x041/82).

Die Entscheidung, eine Armee aus langfristig dienenden Berufssoldaten aufzustellen, erwies sich später als großer Fehler. Die "Reichswehr" kapselte sich als Berufsheer schon bald von der Weimarer Republik ab und bildete einen "Staat im Staate". Die Reichswehr blieb zwar unpolitisch, entwickelte aber auch keine innere Bindung an die demokratische Republik.

**Teil VI-VII (regelte die Bestimmungen über Kriegsgefangene und die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher):** Holland lieferte den früheren deutschen Kaiser Wilhelm II. später nicht aus.

**Teil VIII (regelte die Kriegsschuld und Reparationen):** Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld mußte das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen.

**Der Artikel 231 des Vertrages erläuterte die Reparationen wie folgt (x061/411):** >>Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und (ihre Staatsangehörigen) infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.<<

Die Höhe der Geldleistungen sollte erst später festgelegt werden, aber das Deutsche Reich wurde zum Schluß gezwungen, innerhalb von 30 Jahren für alle Schäden und Verluste der Siegerstaaten (einschließlich der hohen britischen und französischen Schulden gegenüber Nordamerika) aufzukommen. Das Deutsche Reich mußte sofort eine 1. Teilzahlung von 10,0 Milliarden Goldmark leisten und hatte zusätzlich gewaltige Sachleistungen zu erbringen: Alle Handelsschiffe über 1.600 BRT, 25 % der gesamten Fischfangflotte, 8.000 Lokomotiven, 230.000 Eisenbahnwaggons, 5.000 Kraftfahrzeuge, Fabrikeinrichtungen, Maschinen, Kohle, Vieh usw. mußten an die Sieger abgeliefert werden (x061/411, x090/259, x175/154).

**Teil IX-XIV (regelte die sonstigen Bestimmungen über Finanzen, Wirtschaft, Luft- und Flußschifffahrt, Eisenbahnen, Bürgschaften etc.):** Aufhebung aller Handelsverträge und Anerkennung von Verträgen, die von den Alliierten in Zukunft ohne Mitwirkung Deutschlands geschlossen werden. Alle deutschen Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen, Flüsse (Donau, Elbe, Memel, Oder und Rhein) wurden zu "internationalen Einrichtungen" erklärt (x041/83). Das entmündigte und gedemütigte Deutsche Reich mußte danach allen Nationen freie Durchfahrt und Nutzung gewähren.

### **Die Folgen des Versailler Vertrages**

Alle Siegermächte (außer Nordamerika) unterzeichneten den Versailler Vertrag. Der Vertrag von Versailles trat jedoch trotzdem am 10. Januar 1920 in Kraft.

Dieser unsägliche Vertrag wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur "Wiege" der europäischen Diktaturen und war zweifellos die eigentliche "Geburtsstunde des NS-Regimes". Die unheilvollen Friedensverhandlungen, bei denen man die Besiegten kurzerhand für "schuldig" erklärte, als politische Gesprächspartner ablehnte und von allen Verhandlungen ausschloß, wurden später wesentliche Bestandteile der radikalen NS-Propaganda.

Der Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen, die unmenschliche Hungerblockade, die ungerechte Verurteilung, die monatelange Erpressung und die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages säten nicht nur grimmigen Haß und tiefe Verbitterung, sondern dieser ungerechte Frieden erschütterte außerdem nachhaltig die Moralvorstellungen und Ideale des gesamten Volkes.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die "Kriegsschuld-Klausel" (x063/526): >>Artikel 231 des Versailler Vertrages, die "Kriegsschuld-Klausel", hat politisch und psychologisch besonders verhängnisvoll gewirkt. Es war im Lichte der Tatsachen eine grobe Geschichtslüge und wurde als eine schwere Beleidigung des deutschen Volkes empfunden. Eine deutsche Regierung, die dazu ihre Zustimmung gab, mußte jedes Ansehen verlieren. ...<<

Die meisten Deutschen, die den Versprechungen der Siegermächte bedingungslos geglaubt hatten, wurden bitter enttäuscht. Nach der Entwaffnung des deutschen Heeres begann für die Deutschen eine endlose Tragödie. Fast niemand war bereit, den Deutschen zu helfen.



Abb. 57 (x065/371): "Statt der 14 Punkte 440 unerfüllbare Paragraphen". Karikatur von E. Schilling auf den Versailler Vertrag.

Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg.

Die willkürlichen Gebietsabtretungen im Osten und die Tatsache, daß mehreren Millionen Deutschen die Selbstbestimmungsrechte sowie wesentliche Menschenrechte vorenthalten wurden, waren bei der deutschen Bevölkerung ungemein verhaßt und erleichterten letzten Endes Hitlers Weg zur gewaltsamen Machtübernahme.

Theodor Heuss (1884-1963, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) schreibt im Jahre 1932 in seinem Buch "Hitlers Weg" - eine Studie über das Werden des Nationalsozialismus - über den Versailler Vertrag (x024/35): >>... Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x057/201,203): >>Entgegen der Zusicherung eines Friedens der Gerechtigkeit (14 Punkte Wilsons) legte die Entente dem Deutschen Reich einen Diktatfrieden vor. Die erste republikanische Regierung, die sich nach den Wahlen der Nationalversammlung (Januar 1919) gebildet hatte, unterzeichnete den Vertrag von Versailles (28. Juni 1919), um den drohenden Einmarsch feindlicher Truppen zu vermeiden.

Der Versailler Vertrag forderte an Landabtretungen: Elsaß-Lothringen, die Provinz Posen, den größten Teil von Westpreußen, das Memelland, das Hultschiner Ländchen und, trotz vorheriger, günstiger Abstimmung, Ostoberschlesien, Nordschleswig und Eupen-Malmedy, ebenso das Saargebiet bis zur Abstimmung (1935), ferner sämtliche deutschen Kolonien. Damit verlor Deutschland 6 ½ Millionen Einwohner und 70.500 Quadratkilometer Land. Außerdem sollte das Rheinland 15 Jahre besetzt werden.

Die Wehrmacht wurde auf ein stehendes Heer von 100.000 Mann (Berufsheer) und auf eine Flotte von 6 Linienschiffen, 6 kleinen Kreuzern und 24 Torpedobooten beschränkt. Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht und die Pflege die Wehrhaftigkeit wurden verboten, die Befestigungen geschleift.

Aufgrund der These von Deutschlands Alleinschuld am Krieg verlangte das Diktat die "Wiedergutmachung" (Reparationen) aller durch den Krieg entstandenen Schäden und machte dafür das Vermögen und das Einkommen des deutschen Volkes haftbar. Die "Reparationssumme" sollte später festgelegt werden (132 Milliarden Goldmark, 1921). Bei Nichteinhaltung der Zahlungen, der Ablieferung an Vieh, Kohle, Maschinen sowie der gesamten Handelsflotte wurden als Vergeltung "Sanktionen" vorgesehen (Ruhreinbruch 1923). ...<<

>>... Das Deutsche Reich erlebte nach 1648 und 1806/07 einen neuen tiefen Sturz im Verlauf seiner tausendjährigen Geschichte. Durch Hunger zermürbt, von einer feindlichen Übermacht erdrückt, von seinen Bundesgenossen verlassen, von der Führung enttäuscht, innenpolitisch erschüttert, war das deutsche Volk gezwungen, den Kampf aufzugeben.

In ungezählten Gruppen und Parteien zerrissen, wirtschaftlich völlig erschöpft und seelisch gebrochen, mußte Deutschland seinen zerschlagenen Staat neu aufrichten, seine zerstörte Wirtschaft wieder aufbauen und neue Kraft sammeln zum Leben. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Versailler Vertrag" (x051/602-603): >>Versailler Vertrag, am 28.6.19 unterzeichneter Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und seinen Gegnern im Ersten Weltkrieg.

Wie die anderen Pariser Vorortverträge wurde der Versailler Vertrag auf der am 18.1.19 eröffneten Pariser Friedenskonferenz - Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten - ausgehandelt; das entscheidende Gremium war dabei der "Oberste Rat" aus den Regierungschefs der USA (Wilson), von Frankreich (Clemenceau), Großbritannien (Lloyd George) und Italien (Orlando).

Deutschland durfte an den Verhandlungen nicht teilnehmen. Der von Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau geleiteten deutschen Delegation überreichten die Alliierten am 7.5. den fertigen Entwurf des Versailler Vertrages; den deutschen Gegenvorschlägen vom 29.5. stimmten sie am 16.6. nur in wenigen nebensächlichen Punkten zu.

Unter der ultimativen Drohung der Alliierten, den Krieg wieder zu eröffnen, ermächtigte die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen die Reichsregierung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages, die am 28.6. im Schloß von Versailles - für Deutschland von Außenminister H. Müller und Verkehrsminister J. Bell - vollzogen wurde. Am 10.1.20 trat der

Versailler Vertrag in Kraft.

Er enthält in 15 Teilen mit insgesamt 440 Artikeln:

1. Die Satzung des Völkerbundes.

2. Territoriale Regelungen: Das Deutsche Reich mußte abtreten: ohne Volksabstimmung Elsaß-Lothringen an Frankreich, Posen und Westpreußen an Polen, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, das Memelland an die Alliierten (1923 an Litauen übergeben), Danzig (das zur Freien Stadt erklärt wurde) und alle Kolonien (als Mandatsgebiete der Aufsicht des Völkerbundes unterstellt); aufgrund von Volksabstimmungen das östliche Oberschlesien an Polen, Eupen-Malmedy an Belgien und Nordschleswig an Dänemark (Abstimmungsgebiete). Das Saarland wurde bis zu einer Volksabstimmung (nach 15 Jahren) der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt; Elbe, Oder, Memel, Donau, Rhein und Mosel wurden internationalisiert; Österreich wurde der Anschluß an das Deutsche Reich verboten. Deutsche Gesamtverluste: 73.845 qkm mit rund 7,3 Millionen Einwohnern. –

3. Militärische Bestimmungen: Besetzung des linken Rheinufer mit den rechtsrheinischen Brückenköpfen Kehl, Köln, Koblenz und Mainz durch alliierte Truppen, die etappenweise (in fünf, zehn und 15 Jahren) wieder aufgehoben werden sollte; Bildung einer entmilitarisierten Zone auf dem linken und in einem 50 km breiten Streifen auf dem rechten Rheinufer; Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Beschränkung des deutschen Heeres auf maximal 100.000, der deutschen Marine auf 15.000 (Berufs-)Soldaten; Auflösung der deutschen Luft- und Luftseestreitkräfte; Verbot der Herstellung und Verwendung "schwerer" Waffen (z.B. Flugzeuge und Panzer); Auslieferung des deutschen Kriegsmaterials und Kontrolle der deutschen Rüstung und Rüstungsproduktion durch die Alliierten; Auflösung des deutschen Generalstabs und militärischer Schulen. –

4. Wirtschaftliche Bestimmungen: Verpflichtung Deutschlands zur Leistung von Reparationen sowie zur Lieferung von Sachgütern (u.a. von Kohle, Maschinen, Fabrikeinrichtungen, Untersee-Kabel) und von Tieren (z.B. 140.000 Milchkühe) an die Alliierten; Auslieferung fast der gesamten Handelsflotte; Konfiskation des deutschen Auslandsvermögens (auch des privaten). Die Erhebung von Reparationen wurde begründet mit der alleinigen Schuld des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten am Krieg, die in Artikel 231 festgestellt und von Deutschland anerkannt werden mußte (Kriegsschuldfrage). –

5. Anklage des (ehemaligen) deutschen Kaisers Wilhelm II. und anderer Personen, die gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen hätten, vor einem (zu bildenden) Gerichtshof und deren Auslieferung.

Der in Deutschland fast einhellig als "Diktatfrieden" oder "Schanddiktat von Versailles" abgelehnte Versailler Vertrag stellte eine starke und dauerhafte Belastung für die Weimarer Republik dar und bot den antidemokratischen Kräften, v.a. auch der NSDAP, einen Ansatzpunkt zum Kampf gegen die Republik (Dolchstoßlegende, Kriegsschuldfrage). Auch unter den Alliierten fand der Versailler Vertrag nicht nur Zustimmung; so ratifizierten z.B. die USA nicht und schlossen 1921 einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über den "Versailler Vertrag" (x283/204): >>... Washington hat zwar den Krieg entschieden, sich dann aber aus der Verantwortung für den Frieden gestohlen. Der Kongreß hat den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet.

Immerhin unterblieben die von der französischen Generalität geforderte Aufteilung Deutschlands in seine Bundesstaaten, die Auslieferung der Generale als "Kriegsverbrecher" und die Deportation Kaiser Wilhelms nach Curacao, wo das Quartier für ihn bereitstand.

Das Reizwort "Versailles" war die zugkräftigste Wahl- und Kriegsparole Hitlers. Die unbezahlbaren Reparationen überforderten nicht nur die Wirtschaft, sondern, schlimmer noch, sie belasteten die Regierung und das Weimarer System überhaupt, das in den Augen seiner Geg-

ner von rechts wie von links zum schändlichen Erfüllungsgehilfen Frankreichs wurde. So stand die Demokratie auf schwachen Füßen ... So ist die Weimarer Republik gekennzeichnet durch die doppelte Spannung einerseits zwischen Links- und Rechtsextremisten, die sich allerdings im Kampf gegen Versailles einig waren, und andererseits in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die Aktivisten auf beiden Flügeln des politischen Spektrums und die kaisertreuen Konservativen. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über den Versailler Vertrag (x313/334-335): >>... Ehemalige Gebiete Deutschlands wurden an Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich, Jugoslawien und an Dänemark abgetreten. Andere Gebiete wurden unter das Protektorat der Siegermächte gestellt. Insgesamt verlor Deutschland ein Siebtel seines ehemaligen Gebietes und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Vielfach wurde das Selbstbestimmungsrecht ... verletzt.

Zudem wurde Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht kastriert: Fast die gesamte deutsche Handelsflotte mußte ausgeliefert werden. Die überseeischen Besitzungen Deutschlands gingen verloren. Und deutsche Kapitalanlagen im Ausland wurden konfisziert.

Darüber hinaus mußten Reparationszahlungen in schwindelerregender Höhe geleistet werden, zu denen Barzahlungen gehörten (deren Höhe immer wieder revidiert wurde), "Zahlungen" in Form von Sachgütern wie Kohle, Farbstoffen und pharmazeutischen Produkten sowie Vieh, Kunstwerken, Eisenbahnmaterial, Lastkraftwagen oder Kabel.

Es gab Besatzungskosten, Kosten für die neuen Grenzregulierungen, Verwaltungskosten und andere Kosten mehr, die alle dem neuen deutschen Reich aufgebürdet wurden.

Weiter wurde Deutschland entwaffnet: Die Wehrpflicht und der Generalstab wurden abgeschafft, das Heer und die Marine auf ein Minimum an Soldaten reduziert. Die Munitionierung wurde beschränkt. Bestimmte Waffen (Panzer, Luft- und U-Boot-Waffen) wurden gänzlich untersagt, Befestigungen geschliffen. Und es wurde ein Großteil der deutschen Hochseeflotte versenkt.

Nie war Deutschland so gedemütigt worden, nie zuvor hatte man seinen Stolz so verletzt.

Im Artikel 231 des Versailler Vertrages wurde Deutschland und seinen Verbündeten überdies die gesamte Schuld aufgebürdet ...

Empörung flackerte an allen Orten auf. Der Versailler Friedensvertrag schuf in Deutschland einen unaussprechlichen Haß auf die Siegermächte.

Das Axiom (Ursatz) gilt:

**Wenn ein Volk in einem "Frieden" zu sehr gedemütigt und sein Stolz verletzt wird, wird es eines Tages zurückschlagen wollen.**

Der Versailler Friedensvertrag wurde denn auch von allen Parteien in Deutschland gleichermaßen abgelehnt, aber es gab keine Alternative. Zähnkirschend setzten die deutschen Vertreter schließlich ihre Unterschrift unter den Vertrag. ...

Hoffnungslosigkeit, Niedergeschlagenheit, Trauer, Haß, Zorn, Wut und Protest machten sich breit. Vielerorts sträubte man sich einzugestehen, daß man den Ersten Weltkrieg tatsächlich verloren hatte. ...

Die öffentliche Meinung schlug um, die radikalen Parteien erhielten Zulauf.

Da die Reparationsforderungen barbarisch waren, mußten die Steuern erhöht werden. Gleichzeitig begann die Inflation ihr häßliches Gesicht zu zeigen.

Für all das wurden in ... (der) neuen Weimarer Republik die demokratischen Politiker verantwortlich gemacht. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die im Versailler Vertrag beschlossenen Gebietsabtretungen (x063/523): >>Deutschland verlor 13 % seines Gebietes.

Der "Polnische" Korridor mit 2.156.000 Einwohnern wurde ohne Volksabstimmung heraus-

geschnitten und trennte Ostpreußen vom übrigen Deutschland ab. In Oberschlesien gingen weitere wertvolle Gebiete verloren, obgleich die Volksabstimmung eine Mehrheit von 62 % zugunsten Deutschlands ergeben hatte. Das Memelland fiel unter Bewahrung einer gewissen Autonomie, an Litauen. Das Hultschiner Land, wirtschaftlich wertvoll durch seine Kohle, kam gleichfalls ohne Volksabstimmung an die Tschechoslowakei. Die zu 95 % deutsche Stadt Danzig wurde mit ihrem Hinterland unter Völkerbundkontrolle gestellt.

Der französisch-polnische Plan, Danzig Polen einzuverleiben, wurde durch Präsident Wilson verhindert. Der Süden von Ostpreußen konnte gerettet werden. Dort betrug die Mehrheit fast 98 %. Im Westen ging das Reichsland Elsaß-Lothringen an Frankreich verloren. Eupen und Malmedy mit 60.000 Einwohnern, davon 50.000 Deutschen, kamen an Belgien. Nordschleswig fiel nach einer Volksabstimmung im Juli 1920 an Dänemark. Insgesamt verlor Deutschland durch die Abtretungen in Europa ein Gebiet von 70.579 Quadratkilometern mit 7.300.000 Einwohnern.

Zusammengesetzt aus bayerischen und preußischen Gebietsteilen wurde das "Saargebiet" geschaffen und einer Regierungskommission unterstellt, die dem Völkerbund verantwortlich war. Nach 15 Jahren sollte ein Volksentscheid bestimmen, ob sich das Gebiet an Frankreich anschließen, zu Deutschland zurückkehren oder den Status quo beibehalten wollte. Die Saargruben wurden Frankreich zur Ausbeutung überlassen. ...

Deutschland verlor alle Kolonien: sie wurden als Mandate des Völkerbundes dem Britischen Empire, Frankreich, Belgien und Japan zur Verwaltung übergeben. ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes schreibt im Jahre 1920 über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages (x128/119-120): >>Der Friedensvertrag enthält keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, nichts, um die geschlagenen Mittelmächte wieder zu guten Nachbarn zu machen, nichts, um die neuen Staaten Europas zu festigen, nichts, um Rußland zu retten.

Auch fördert er in keiner Weise die wirtschaftliche Interessengemeinschaft unter den Verbündeten selbst. Über die Ordnung der zerrütteten Finanzen Frankreichs und Italiens oder den Ausgleich zwischen den Systemen der alten und der neuen Welt konnte man sich in Paris nicht verständigen.

Der Rat der Vier schenkte diesen Fragen keine Aufmerksamkeit, da er mit anderem beschäftigt war. Clemenceau, das Wirtschaftsleben seiner Feinde zu vernichten, Lloyd George, ein Geschäft zu machen und etwas nach Hause zu bringen, was wenigstens eine Woche lang sich sehen lassen konnte, der Präsident (Wilson), nur das Gerechte und Rechte zu tun.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß das wirtschaftliche Grundproblem eines vor ihren Augen verhungernenden und verfallenden Europa die einzige Frage war, für die es nicht möglich war, die Teilnahme der Vier zu erwecken. Wiedergutmachung war ihr Hauptinteresse auf wirtschaftlichem Gebiet, und sie behandelten sie als eine Frage der Theologie, der Politik, der Wahltaktik, kurz, von jedem anderen Gesichtspunkt als dem der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten, deren Schicksal in ihrer Hand lag. ...

Die bezeichnenden Züge der gegenwärtigen Lage lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

1. Das vollständige zeitweise Nachlassen der inneren Produktivität Europas.
2. Der Zusammenbruch des Verkehrswesens und des Austausches, mittels deren seine Erzeugnisse dorthin gebracht werden konnten, wo man ihrer am meisten bedurfte, und
3. Europas Mangel an Kaufkraft zur Beschaffung der gewohnten Waren von Übersee.

... Vor uns steht ein leistungsunfähiges, arbeitsloses, desorganisiertes Europa, zerrissen vom Haß der Völker und von innerem Aufruhr, kämpfend, hungernd, plündernd und schwindelnd, wo soll man weniger düstere Farben hernehmen? ...<<

Churchill kritisiert später die verhängnisvolle Reparationspolitik der Ententemächte (x069/-146): >>Diese Diktate drücken sowohl die Wut der Sieger aus wie den Irrtum der Völker, die nicht begriffen, daß keine Nation die Kosten des modernen Krieges ersetzen kann. Die breiten Massen hatten von den einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen keine Ahnung, und die Parteiführer wagten mit Rücksicht auf die Wähler nicht, sie darüber aufzuklären

Nur wenige Stimmen erhoben sich, um darzulegen, daß Reparationszahlungen lediglich auf dem Wege von Dienstleistungen oder durch den Transport von Waren möglich seien, und daß diese Waren die Industrie der Gläubiger aus dem Gleise bringen müßten.

Die siegreichen Alliierten versicherten nach wie vor, sie würden die Deutschen "ausquetschen, bis die Kerne krachen". Das alles übte auf das Gedeihen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluß aus. ...<<

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über den Versailler Friedensvertrag aus französischer Sicht (x291/60-63): >>... Die Zukunftsvorstellungen, die während des Krieges entwickelt wurden, zielten schwerpunktmäßig auf eine sicherheitspolitisch motivierte Expansion nach Osten: Wie den russischen Verbündeten weitreichende Gebietsabtretungen im östlichen Preußen zugestanden werden sollten, sollte Deutschland im Westen durch eine Beschränkung auf die Rheinlinie eingedämmt werden.

Gewiß, die Sozialisten wollten den Krieg zumeist nur bis zur Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen führen; und manche bürgerliche Pazifisten waren sogar bereit, zumal in den Phasen militärischer Erschöpfung, sich mit der Wahrung des Status quo ante zufriedenzugeben.

Die überwiegende Mehrheit der politischen Kräfte visitierte jedoch eine Abtrennung des gesamten Rheinlandes vom deutschen Staatsverband an, sei es in der Form einer Annexion, oder, was mit der Zeit als wahrscheinlicher angesehen wurde, mit dem Ziel einer Etablierung eines rheinischen Separatstaates, der wirtschaftlich mit Frankreich verbunden und militärisch von französischen und sonstigen alliierten Truppen kontrolliert werden sollte.

Ein Teil der Rheinstaatenbefürworter wollte zudem die Wiederherstellung der französischen Grenzen von 1814, d.h. die Angliederung des schwerindustriellen Zentrums an der Saar.

Und eine Minderheit extremer Nationalisten – so die "Action française" um Charles Maurras, aber auch manche Experten des Außenministeriums – forderte sogar eine Rückkehr zum Deutschland des Westfälischen Friedens: eine Aufteilung des Reiches in machtlose Kleinstaaten.

... Als die Vorbereitung der Friedensverhandlungen anstand, legte sich die Regierung Clemenceau auf die Forderung nach Schaffung eines oder mehrerer Rheinstaaten und Annexion der Saar fest. Darüber hinaus traf sie Vorkehrungen, Frankreich zum wirtschaftlichen Zentrum des Kontinents werden zu lassen, und griff die Idee einer kollektiven Sicherheitsorganisation auf, mit der die Alliierten gemeinsam künftigen Expansionsplänen der Deutschen zuvorkommen sollten.

In Versailles, wo die Alliierten vom Januar bis zum Mai 1919 über den Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich verhandelten, konnte Clemenceau freilich nur einen Teil der französischen Forderungen durchsetzen. Die britischen Verbündeten wollten die deutsche Hegemonie nicht mit einer französischen oder gar einer bolschewistischen eintauschen; und der amerikanische Präsident Wilson wollte eine Friedensregelung durchsetzen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen und auf dem Prinzip allgemeiner Abrüstung beruhte.

Hinsichtlich des Rheinlandes konnte die französische Delegation daher nur eine vorübergehende, in drei Stufen abzubauen militärische Besetzung auf 15 Jahre sowie die Schaffung einer entmilitarisierten Zone bis auf 50 km rechts des Rheins erreichen.

Hinsichtlich der Saar blieb es bei einer Übertragung der Eigentumsrechte der Kohlengruben an Frankreich und einer Verwaltung des Territoriums durch den Völkerbund; nach 15 Jahren sollte die Saarbevölkerung in einer Volksabstimmung selbst über ihren zukünftigen Status

entscheiden können.

Die Planungen zur Stärkung der französischen Wirtschaftskraft wurden nicht konkretisiert; die Höhe der Reparationen, die Deutschland zu zahlen hatte, blieben unbestimmt ...

Immerhin enthielten die Regelungen von Versailles einige Ansatzpunkte, das französische Programm langfristig doch noch zu verwirklichen: Der Rückzug der französischen Besatzungstruppen aus dem Rheinland war an die Erfüllung der übrigen Friedensvertragsbedingungen durch Deutschland gebunden; da mochten sich leicht Anlässe finden, die Besetzung auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Solange die französischen Truppen am Rhein standen, konnten allerlei Weichenstellungen zur politischen und wirtschaftlichen Umorientierung des Rheinlandes zu Frankreich hin vorgenommen werden; und es bestand darum auch einige Hoffnung, die rheinländische Bevölkerung letztlich selbst für die Trennung vom Reichsgebiet gewinnen zu können.

Die Besatzungstruppen hielten jedenfalls nach separatistischen Bewegungen Ausschau; und General Mangin, ihr in Mainz stationierter Kommandant zettelte dann auch schon im Juni 1919 einen Separatistenputsch in Wiesbaden an, offensichtlich mit stillschweigender Billigung Clemenceaus. Dieses Putschunternehmen scheiterte zwar, weil es absolut dilettantisch vorbereitet war, und Clemenceau mußte seine Militärs unter dem Druck der Alliierten scharf zurechtweisen; die Hoffnung auf eine Verwirklichung des französischen Rheinlandprogramms auch unter Beachtung des Selbstbestimmungsprinzips, das die Alliierten erzwangen, waren damit aber noch nicht erloschen.

Darüber hinaus bot der Vertrag gewisse Chancen zur wirtschaftlichen Stärkung Frankreichs auf Kosten Deutschlands. Neben der Abtretung der Saargruben sah er auf lange Jahre umfangreiche Kohlelieferungen an Frankreich, Belgien und Italien vor; außerdem sollte das ober-schlesische Kohlebecken an Polen abgetreten werden (was dann nach der Volksabstimmung von 1921 nur zum Teil erfolgte). Das bedeutete, daß Deutschland nahezu die Hälfte seines Kohlepotentials entzogen werden konnte und Frankreich einen entscheidenden Vorteil bei der Versorgung mit der damals mit Abstand wichtigsten Energiequelle erwarb.

Daneben wurde dem Deutschen Reich durch die Enteignung des schwerindustriellen Besitzes in Lothringen und das Ausscheiden Luxemburgs aus dem deutschen Zollverband 80 % seiner Eisenerzvorräte, über 40 % seiner Produktionskapazität an Roheisen und über 30 % seiner Produktionskapazität an Stahl genommen. Damit konnte Frankreich das Reich in seiner Rolle als stärkster Eisenproduzent ablösen.

Und dann bedeutete die Aussicht auf deutsche Reparationsleistungen, auch wenn ihre genaue Höhe noch nicht feststand, ganz allgemein eine Erleichterung bei der Versorgung von Waren und Kapital zum Wiederaufbau.

Frankreich konnte somit einen gewissen Vorsprung bei der Wiederbelebung des Binnenmarkts entwickeln, Rückstände in der Entwicklung der industriellen Infrastruktur aufholen und in der allgemeinen Wiederaufbauphase Vorteile gegenüber der deutschen Konkurrenz erzielen. Auf diese Weise ließ sich vielleicht keine wirtschaftliche Hegemonie auf dem Kontinent begründen, aber doch immerhin eine Rückkehr zur deutschen Wirtschaftshegemonie verhindern und damit die politische Bedeutung behaupten, die der Wortlaut des Versailler Vertrags Frankreich für den Augenblick zusicherte.

Schließlich boten auch die Garantieverträge, die Großbritannien und die USA der französischen Seite angeboten hatten, einen gewissen Ersatz für die Brüchigkeit der Rheinland- und Völkerbundgarantien. ...

Auch wenn die Friedenskonferenz von Versailles für Clemenceau nur einen Teilerfolg darstellte (und er sich alsbald heftiger Kritik Marschall Fochs und der extremen Nationalisten ausgesetzt sah), war das "System von Versailles" doch flexibel genug, um bei geschickter und sorgfältig aufeinander abgestimmter Nutzung durch die Pariser Außenpolitik eine dauerhafte Neu-

ordnung Europas im französischen Sinne zu ermöglichen.<<

Der französische Historiker Jacques Bainville (1879-1936) schreibt später über den Versailler Friedensvertrag (x243/13): >>Der Friede ist mild, für das, was er an Härten enthält. ... Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat. ... Und was die Leidenschaften angeht, ... so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um (die Deutschen) aufs äußerste zu reizen. ...

Der Friedensvertrag hat die deutsche Einheit bewahrt. ... Darin liegt das, was wir seine Milde nannten. ...

Der Vertrag ... häuft Schwierigkeiten auf mit Deutschland ... (und) zwischen den Alliierten. ... Der Friedensvertrag hat uns nicht einmal in ... günstige Bedingungen versetzt, wenn wir Krieg führen müssen. ... Die Meinung der Heerführer, die eine strategische Grenze forderten, ist nicht berücksichtigt worden. ...<<

General Charles de Gaulle (1890-1970, ab 1944/45 französischer Regierungschef) spricht im Jahre 1944 von dem "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". De Gaulle deutet damit an, daß die 20er und 30er Jahre tatsächlich nur Pausen bzw. nur Zwischenkriegszeit gewesen seien (x098/41).

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schreibt später über den Versailler Friedensvertrag (x191/32): >>Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. ... Dieser Krieg wurde von den Vereinigten Staaten geführt, um für immer Zustände zu vernichten, die ihn hervorbrachten. Diese Zustände sind nicht zerstört worden. Andere Zustände, andere Bedingungen haben sie verdrängt, die nicht minder als jene den Haß, die Eifersucht, den Argwohn erwecken.<<

Der US-Historiker Gordon A. Craig (1913-2005) berichtet später über Folgen des Versailler Friedensdiktats (x024/35): >>... Diese Ereignisse von außen waren sehr wichtig. Wenn die westlichen Mächte nach 1918 klüger gewesen wären, wenn sie ein bißchen mehr Verständnis für die inneren Umstände Deutschlands nach einem langen Kriege gehabt hätten, wenn die USA nicht in den Isolationismus zurückgefallen wären, wenn die Engländer und die Franzosen eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland betrieben hätten, dann wäre die Sache gewiß ein bißchen besser ausgegangen, dann hätte die Weimarer Republik eine bessere Chance zum Leben gehabt.<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages (x320/19): >>... Denn wenn wir bewußt auf die Verarmung Mitteleuropas hinarbeiten, dann wird - das wage ich vorherzusagen - die Rache nicht auf sich warten lassen. Nichts kann dann mehr lange den letzten Bürgerkrieg zwischen den Mächten der Reaktion und den verzweifelten Zuckungen der Revolution aufhalten, jenen Bürgerkrieg angesichts dessen die Schrecken des Krieges mit Deutschland ein Nichts scheinen werden, jenen Krieg, der, ganz gleich wer siegt, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation vernichten wird.<<

Der russische Politiker Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir I. Uljanow) schreibt später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>... Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich schärfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der Krieg versetzt mit einem Schlage etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagen ist. Österreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernsten Fortschritts stehen.

Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, das fortgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten.

Sie sind durch diesen Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. ...

Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung versetzt.<<

Der französische Politiker Maurice Thorez (1900-1964) berichtet später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>... Der letzte Krieg war ein Raubkrieg und der Vertrag, der ihn beendete, war ein Raubvertrag, geheiligt von der Sozialdemokratie, die seine Durchführung unterstützte. ...

Der Vertrag von Versailles bedeutet die Hegemonie Frankreichs, bedeutet die Unterwerfung Deutschlands unter ein brutales Joch, bedeutet die Unterdrückung Elsaß-Lothringens durch unseren Imperialismus, so wie es zuvor durch den Imperialismus Deutschlands unterjocht worden war. Versailles bedeutet die Unterdrückung der nationalen Minderheiten Europas, bedeutet die Balkanisierung Europas; es bedeutet die Reparationslast, die auf den Werktätigen der besiegten Länder lastet; es bedeutet ein System, in dem Frankreich dank seiner Bündnisse, dank der Länder, die es zu seinen Vasallen gemacht hat, vorherrschend ist. Ein derartiger Vertrag ist daher die größte Kriegsquelle der gegenwärtigen Stunde. ...

Eine der Hauptwaffen der Hitler-Propaganda ist die heftige Kritik an den Folgen des Artikels 231 des Vertrages, der sich auf die einseitige Verantwortung des Volkes Deutschlands im letzten Krieg bezieht.<<

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die Folgen des Versailler Vertrages (x337/148): >>Nach Versailles unterstand Deutschland tatsächlich einer dezenten Besetzung. Deutschlands Unabhängigkeit war damals so vorgetäuscht wie zum Beispiel heute diejenige des Irak.

Eine Regierung, eine Flagge und eine Nationalhymne, das alles hat es gegeben, aber nicht die Fähigkeit, eigenständige Lösungen zu entwickeln. England und die USA konnten in Deutschland tun und lassen, was sie wollten, und wir können das Ergebnis sehen: endlose Wahlen, Hitlers vorzeitige Entlassung aus der Haft und dann seine Ernennung zum Kanzler. Zwischen 1918 und 1933 geschah in Deutschland nichts auf Geheiß der Deutschen selbst. ...<<

Der französische Schriftsteller und Kritiker Anatole France (1844-1924, eigentlich Jacques-Anatole Thibault) schreibt später über den Versailler Vertrag (x340/198): >>... Der fürchterlichste aller Kriege hatte einen Friedensvertrag zur Folge, der kein Vertrag des Friedens ist, sondern die Fortsetzung des Krieges. Europa wird daran zugrunde gehen, wenn es nicht die Vernunft zu seinem Ratgeber wählt.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (16/1955) berichtet am 13. April 1955 über den britischen Staatsmann Winston Churchill: >>**Die Tyrannis der Ahnen**

... Er (Churchill) war nie ein Gegner Deutschlands aus purem Haß gewesen. Im Jahre 1920 schrieb er in einem Brief an Lloyd George:

"Seit dem Waffenstillstand wäre meine Politik folgende gewesen: Friede mit dem deutschen Volk, Krieg der bolschewistischen Tyrannei. Absichtlich oder Dich dem Unvermeidlichen fügend, hast Du gerade eine umgekehrte Politik befolgt ... Rußland ist ruiniert. Was von diesem Staat übriggeblieben ist, ist in der Gewalt dieser tödlichen Ungeheuer (der Bolschewisten). Aber. Deutschland kann vielleicht noch gerettet werden ... Du solltest Frankreich sagen, daß wir mit ihm eine Defensivallianz gegen Deutschland schließen wollen, aber nur dann, wenn es seine Behandlung Deutschlands vollständig ändert und eine britische Politik der Hilfe und Freundschaft mit Deutschland loyal unterstützt."

Es war damals (und ist noch heute) Churchills Idee, auf dem europäischen Glacis der britischen Insel ein französischdeutsches Bollwerk gegen die Sowjet-Union und den Kommunismus zu errichten. In die Kausalkette, die zum Scheitern dieses Planes führte, ist er selbst ver-

schlungen. Die "Hängt den Kaiser"-Propaganda des Ersten Weltkrieges, an der er selbst Anteil hatte, machte nach dem ersten Weltkrieg einen vernünftigen Frieden mit Deutschland unmöglich. Das war "das Unvermeidliche", dem sich Lloyd George fügen mußte, und das wiederum war das Übel, aus dem sich die Gestalt Hitlers erhob. ...<<

In einem "Spiegel-Interview" ("Der Spiegel" 5/1971 vom 25. Januar 1971) erklärt der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später (am 30.07.1994) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den Versailler "Friedensvertrag" (x887/...): >>**Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas**

In Europa gingen die Lichter aus

Am 1. August 1914, nach einer dramatischen Zuspitzung der durch das Attentat von Sarajewo ausgelösten Lage in der "Julikrise", ist der Weltkrieg da. Mit diesem Tag endet die führende Rolle Europas in der Welt. Mit dem "Jahrhundertsommer" von 1914 nimmt der alte Kontinent endgültig Abschied von seinem goldenen Zeitalter; die Lichter gingen aus in Europa. Bis heute hat unser Erdteil, der durch Versailles in einen zweiten Durchgang derselben Auseinandersetzung gestürzt wurde, sie nicht wieder leuchten sehen.

Die in den vergangenen Wochen gehaltenen Gedenkreden zu deutschen und europäischen Jahresdaten fielen in der Mehrzahl durch ihre zeitlichen Selbstbegrenzungen auf. Die Sieger feierten die 50jährige Erinnerung an ihre geglückte Landung in der Normandie, die deutschen Bundespräsidenten erinnerten ihre Landsleute zum wiederholten Male an die Verbrechen von Auschwitz, und die übrige Polit-Prominenz gedachte vor Tagen der "Männer des 20. Juli 1944". Weiter als 50 Jahre schien kein Zeitgenosse von Rang und Namen zurückgeblickt zu haben, obwohl sich manche Gedenk- und "Mahrede" in unmittelbarer Nähe zu einem Doppeldatum befand, das wie kein anderes den Gang der deutschen und der europäischen Geschichte beeinflusst hat: der 28. Juni 1914 und 1919.

Weder der 80jährige Jahrestag der Ermordung des k. u. k. Thronfolgers in Sarajewo, der den Ersten Weltkrieg auslöste, noch der 75jährige Jahrestag des Versailler Diktats vermochte die volkspädagogischen Gedenkredner auf sich und seine folgenschwere Bedeutung aufmerksam zu machen, wobei die Gründe für dieses Ignorieren im Dunkeln bleiben. Sie können von blanker Unkenntnis bis zu bewußtem Verschweigen reichen.

Die Würdigung der Ereignisse Ende Juli/Anfang August 1914 bietet Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen und die verbliebene Erinnerungslücke auszufüllen. Immerhin markierten bereits in jenen Tagen prominente Zeitgenossen den historischen Einschnitt der eingetretenen Ereignisse. So sah der damalige britische Außenminister, Sir Edward Grey, "die Lichter über Europa ausgehen", als die deutschen Kriegserklärungen auf die Mobilmachungen in Moskau und Paris erfolgten und der europäische Krieg mit dem Eingreifen Großbritanniens zugunsten des von den Deutschen überrannten Belgien komplett erschien.

Die vier Wochen vom terroristischen Attentat des serbischen Nationalisten Gavrilo Princip auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajewo bis zur Kriegserklärung Österreichs an das Königreich Serbien am 28. Juli hatten die sich seit Jahren entwickelnden Allianzen in Europa, die "Entente" zwischen Frankreich, Rußland und Großbritannien sowie die "Mittelmächte" mit Deutschland und Österreich-Ungarn zu militärischen Beistandsbekundungen aktiviert und ihre mehr oder minder hochgerüsteten Armeen mobilisiert. Alle fünf involvierten Mächte sahen in der kriegerischen Auseinandersetzung Chancen für politischen und nationalen Gewinn oder doch zumindest eine Abwehr dro-

hender Gefahren für ihren Bestand.

Die Donaumonarchie versprach sich mit einem militärischen Schlag gegen Serbien eine "Bereinigung der balkanischen Zustände" und so das Abbiegen gefährlicher panslawistischer Tendenzen. Deutschland erhoffte sich vom baldigen Waffengang gegen Rußland und Frankreich ein Aufbrechen des Einschließungsringes um das Reich - und dies mit dem verbündeten Österreich und Italien an seiner Seite. Frankreich erblickte im Krieg gegen Deutschland die lang herbeigesehnte Gelegenheit, sich für die Niederlage von 1871 zu revanchieren und das damals rückerstattete Elsaß-Lothringen erneut zu annektieren. Rußland erwartete sich von einem erfolgreichen Waffengang gegen Deutschland und Österreich eine Ausdehnung seiner Macht nach dem Westen, eine Steigerung seines Einflusses auf dem Balkan und wohl auch die Chance zu einer Zerschlagung der Donaumonarchie.

Und Großbritannien sah die Chance zur Zerstörung der zu mächtig gewordenen Kontinentalmacht Deutsches Reich gekommen, die auch auf den Weltmeeren Flagge zu zeigen begonnen hatte. Optimismus herrschte auf allen Seiten. Entsprechend gedachten die deutschen Frontfreiwilligen "Weihnachten in Paris" zu verbringen und die Briten das Deutsche Reich durch ihre kriegsrechtswidrige Seeblockade alsbald in die Knie zu zwingen.

Daß die nachfolgenden drei Kriegsjahre Zarenreich und Deutsches Reich zum Einsturz, aber auch zeitweilig die Anglo-Franzosen trotz zusätzlicher italienischer Verbündeter an den Rand der Niederlage bringen würden, mochte man sich im Sommer 1914 weder in Moskau noch in Paris oder London vorstellen. Schon gar nicht konnte man ahnen, daß der militärische Sieg nur mit amerikanischer Hilfe zu erringen sein würde und dies nur um den Preis des Verlustes der europäischen Vormachtstellung in der Welt.

Dem Beginn des eigenen machtpolitischen Niedergangs versuchten die europäischen Siegermächte das besiegte Deutschland vorzuschicken und für Generationen zu einer kontrollierbaren Mittelmacht zu degradieren. Der mehrhundertseitige Versailler "Friedensvertrag" vom 28. Juni 1919 dokumentiert dieses destruktive Bemühen.

Er beinhaltet zugleich alles, was man einem geschlagenen Gegner zumuten kann, ohne ihn ganz offen ethnisch und politisch auszulöschen, nur nicht das, was bisher in der abendländischen Geschichte ein friedensstiftender Vertrag zu bieten hatte: die Wiederherstellung des durch den Krieg unterbrochenen Friedenszustandes und die größtmögliche Gewähr für einen lange währenden Friedenszustand unter den ehemaligen Kriegsgegnern; denn um dies zu erreichen, hätte man im traditionellen Umfang mit dem Verlierer verhandeln und die gemeinsame Zukunft besprechen müssen, wie dies sogar noch bei der Friedenskonferenz von Brest-Litowsk im Februar/März 1918 mit der Lenin-Administration seitens der Mittelmächte praktiziert worden war.

Der Ausschluß Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten von den Pariser Friedenskonferenzen taugte für den Abschluß eines wirklichen Friedensvertrages ebenso wenig wie die diktatorische Zuweisung der Alleinschuld am Kriege. So qualifizierten Vertreter der Siegermächte freimütig den Versailler Vertrag als einen "Waffenstillstand für zwanzig Jahre", wie Marschall Foch am Vorabend der Unterzeichnung, bzw. "ein Diktat, in dem elf neue Kriege enthalten sind", wie der amerikanische Spitzendiplomat William C. Bullitt nach der Lektüre des 440 Artikel umfassenden Vertragswerkes meinte.

Nachdem dann im Sommer 1919 die Annahme des Versailler Vertrages durch Deutschland erfolgreich erzwungen werden konnte, setzten die Franzosen diese Politik der Nötigung auch in den nachfolgenden Jahren fort und ließen beispielsweise im Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzen, als das Reich geringfügig in Verzug seiner Reparationszahlungen geraten war. Daß sich im Schatten dieser ... Siegerpolitik diesseits des Rheins eine radikale politische Kraft etabliert hatte, die im November desselben Jahres bereits nach der Staatsführung griff und in ihrem "Kampf gegen Versailles" über das Scheitern des November-Putsches hinaus eine be-

drohliche Bewegung blieb, schien den Pariser Macht- und Revanche-Politikern weitgehend gleichgültig.

Lange vor Bundespräsident Heuss' einschlägiger Feststellung, daß die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung in Versailles gelegen habe, hatte schon der US-amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, eine Ursachenkette zwischen 1918/19 und 1939 konstatiert. Kennedy wörtlich in einem Geheimtelegramm vom 30. September 1939 an Präsident Roosevelt: "Weil die Demokratie den Besiegten nach dem letzten Krieg aufgezwungen wurde, brachten sie (die Besiegten) Demokratie und den Status quo auf eine Linie. Da sich die Demokratien der Veränderung (der Versailler Friedensordnung) widersetzen, trugen sie dazu bei, daß alle die Kräfte in jenen Ländern, die für eine Veränderung eintraten, notwendigerweise einen antidemokratischen Charakter annahmen."

In Deutschland aber will man auch weiterhin "alleinschuldig" am zweiten Durchgang des großen Krieges sein. Eine Anfang des Jahres 1994 ergangene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gestattet zwar eine von der Alleinschuld-These abweichende Auffassung und stellt sie unter den Schutz der Meinungsfreiheit, vermag aber offensichtlich den Bundesbürger nicht vor existenzbedrohenden Verunglimpfungen in offiziellen Organen des Staates zu bewahren, wie eine Bonner Wochenzeitung im Juni 1994 mit der Veröffentlichung einer "Sammelrezension" über neue politische Bücher zum deutschen Extremismus traurig unter Beweis stellte.

Das vom Steuerzahler finanzierte Blatt ließ es einem "Rezensenten" durchgehen, zwei deutsche Historiker als "ausgewiesene Rechtsextremisten" zu diffamieren, weil sie offenkundig zu manchen deutschen "Tabu-Themen" eine von den verbreiteten Versionen abweichende Meinung vertreten. Aber man darf schließlich bei solchen Zeitgenossen nicht erwarten, daß sie die neuesten Forschungsergebnisse kennen. Wären ihnen nämlich diese bekannt, würden sie sich hüten, ihre vorlauten Extremismus-Vorwürfe zu erheben, weil sie dann beispielsweise wüßten, wie der bereits erwähnte US-Botschafter Kennedy die Schuldfrage des Zweiten Weltkriegs beurteilte. In seinem schon mehrfach zitierten Telegramm an Roosevelt vom 30. September 1939 merkte er wörtlich an:

"Während zu Beginn des Krieges der Schutz der Unabhängigkeit und die Erhaltung der territorialen Integrität Polens als unmittelbare Ursache des Krieges und als Grund für den Versuch, Hitler zu stürzen, bezeichnet wurde, wird nun die Wiederherstellung Polens ... sanft, aber bestimmt ins Dunkel gestoßen", um dann klipp und klar den Engländern ins Stammbuch zu schreiben: "Natürlich ist es in Wirklichkeit so, daß England für seine Besitztümer und seinen Platz an der Sonne kämpft, genauso wie in der Vergangenheit.

Ich nahm die Ausgabe der 'Times' vom 5. August 1914 vor und verglich sie mit jener vom 4. September 1939 - und sie sind praktisch identisch, abgesehen von dem Ersatz des Wortes 'Nazi' für 'Junker'."

Kennedy folgert: "Ungeachtet des entsetzlich furchtbaren Verhaltens der Nazis ist es sicher Tatsache, daß die Engländer nicht gegen Hitler, sondern gegen die Deutschen kämpfen, gerade so, wie sie vor 25 Jahren gegen sie kämpften, weil 45 Millionen Briten, die die größte, weitest ausgedehnte Seeherrschaft der Welt kontrollieren, und 80 Millionen Deutsche, die das Kontinentaleuropa beherrschen, nicht gelernt haben, miteinander in Frieden zu leben."

Glaubt man einer britischen Sonntagszeitung, die zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges im Herbst 1989 meinte, daß man 1939 nicht Krieg führte, um Europa vom Nationalsozialismus zu befreien, in Deutschland Hitler zu stürzen oder die Juden vor Auschwitz zu bewahren, sondern um die deutsche Vormacht auf dem Kontinent zu brechen, dann hatte Botschafter Kennedy am 30. September 1939 durchaus eine realistische Lagebeurteilung abgegeben und die Kriegsursachen hell-sichtig durchschaut.

Er machte zugleich die Linie von 1914 bis 1939 deutlich und erhärtete die Erkenntnis, daß mit

den Schüssen vom Juli/August 1914 ein Krieg seinen Anfang nahm, der 1918/19 in der Tat nur einen "Waffenstillstand" fand, wie Marschall Foch konstatierte, die nachfolgenden 20 Jahre mit den tödlichen Tretminen des "Versailler Vertrages" sich als Fortsetzung des Krieges "mit anderen Mitteln" tarnte und schließlich mit 1944/45 sein Ende nahm.

Was 1918/19 nach Meinung General Pershings und Präsident Roosevelts unvollendet blieb, nämlich die vollständige Niederwerfung des Gegners mit nachfolgender Einflußnahme auf die innenpolitische Entwicklung des Verliererstaates, sollte nach dem Zweiten Weltkrieg nachgeholt werden.

Zu diesem Zwecke stellte die künftige Hauptsiegermacht, die USA, bereits ein Jahr nach ihrem Kriegseintritt die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands und seiner Verbündeten auf und entwickelte ein nachhaltiges "Umerziehungsprogramm" für die besiegten Deutschen. Seine Durchführung erwies sich in der Folgezeit so erfolgreich, daß sich die Deutschen fünfzig Jahre nach ihrer totalen Niederlage von den Siegern "befreit" fühlen und für ihre Wehrmacht von 1933/45 fast nur noch Mißachtung oder Vorwürfe übrig haben.

Wie nach dem ersten "Dreißigjährigen Krieg" das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zur bloßen Staatsfassade herabsank und seine innere Kraft gebrochen schien, begruben die Sieger von 1945, die im Westen mit jenen des Jahres 1918/19 identisch waren, nach dem zweiten "Dreißigjährigen Krieg" das Deutsche Reich vollends und begrenzten seinen Nachfolgestaat, genannt Bundesrepublik Deutschland, auf das kleinste Territorium seiner Geschichte.

Dabei gelang ihnen noch das Kunststück, die Deutschen glauben zu lassen, ihr Land sei nach der "Wiedervereinigung größer geworden", wie hohe Staatsrepräsentanten ihren Mitbürgern immer wieder treuherzig versichern. So konnten die Doppelsieger des zweiten "Dreißigjährigen Krieges" mit seinem Ausgang zufrieden sein, was bei seinem Beginn vor 80 Jahren nicht völlig gewiß erschien.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (28/2009) berichtet am 6. Juli 2009 über den "Friedensvertrag von Versailles": >>**Der Unfriede von Versailles**

Nach dem Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 wollten die Sieger ewigen Frieden schaffen. Doch der Vertrag, den sie vor 90 Jahren unterschrieben, säte nur Zwietracht unter den Völkern Europas. Bis heute diskutieren Historiker über die Gründe des Scheiterns.

Das Grauen begann gleich hinter der französischen Grenze. Die Lokomotive des Sonderzugs mit der deutschen Delegation drosselte das Tempo auf 15 Stundenkilometer, an jeder noch so kleinen Station hielten die Waggons minutenlang - die Vertreter Berlins sollten sich genau ansehen, was ihr Krieg im Nachbarland angerichtet hatte. Vor St. Quentin drängten sich einem schon von weit her sichtbar die Ruinen der Kathedrale ins Blickfeld; das Dach eingebrochen, die Spitze des Turms weggeschossen, das gespensterhaft aufragende Kirchenschiff umgeben von einem Meer ausgebrannter Steinmauern, aus denen Kamine ragten.

Und so war es entlang der ganzen Strecke, wie der Journalist Victor Schiff beobachtete, der im Sonderzug saß: "Tergnier, Chauny, Noyon - überall dasselbe Bild des Schreckens: keine Häuser, nur notdürftige, nach dem Waffenstillstand errichtete Wellblechbaracken ... und im Übrigen: eine tiefaufgewühlte Erde, keine Bäume, keine Äcker, nur ein Granattrichter neben dem anderen - und Steine, Steine, Steine."

Obwohl der Frühling schon weit fortgeschritten war, vermochte Schiff aus dem Abteifenster allenfalls vereinzelt grüne Flecken zu entdecken. Artilleriegeschosse hatten das Erdreich umgepflügt, Giftgasangriffe die Pflanzen verdorren lassen. Schützengräben und Drahtverhaue durchschnitten wie tiefe Narben die einst liebliche Landschaft Nordfrankreichs. Auf den Hügeln reihte sich Baumstumpf an Baumstumpf, die Stämme hingen wie "geknickte Streichhölzer" daran.

Vier Stunden durchquerte der Zug die einstige Kampfzone, passierte dann in einem Bogen

Paris mit dem Ziel Vaucresson, einem Ausflugsvorort der Hauptstadt. Autobusse mit militärischer Begleitung brachten die Deutschen vom Bahnhof nach Versailles ins Hotel des Réservoirs in einer Nebenstraße des weltberühmten Schlosses.

Journalist Schiff und die anderen Delegationsmitglieder bezogen ihre Zimmer, kurz darauf rief ein Diplomat aus dem Auswärtigen Amt die Ankömmlinge zusammen. Die Ansage der Franzosen war unmißverständlich: Die Deutschen durften sich nur in einem Bereich bewegen, der zwei weitere Hotels auf der anderen Straßenseite umfaßte sowie das Viereck um den Neptunbrunnen im Schloßpark. Wie ein Gehege war das Areal mit Brettern und Draht gesichert. Wer es verlassen wollte, mußte einen Antrag stellen. Empört notierte Schiff, der Abordnung eines besiegten Landes seien "noch nie in der Geschichte derartige Einschränkungen auferlegt" worden.

Ein Einwand freilich, der im Frühjahr 1919 wenig galt. Denn nichts an den seit Januar laufenden Friedensberatungen im nahen Paris entsprach dem Herkömmlichen. Nicht der Auslöser, nicht der Umfang, nicht die Erwartungen, nicht das Ergebnis.

Über 10.000 Menschen hatten sich zu dieser ersten Mega-Konferenz des 20. Jahrhunderts in der französischen Hauptstadt eingefunden: Staats- und Regierungschefs, Minister und Diplomaten, Prinzen, Geografen, Wirtschaftsexperten, Völkerrechtler, Geheimdienstler, Schreibkräfte. Es waren darunter die Gesandten der Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA, aber auch Vertreter aus Nicaragua, Uruguay und den anderen 22 Ländern, mit denen sich das deutsche Kaiserreich und seine Verbündeten, die k. u. k. Monarchie Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, im Krieg befunden hatten.

Mit größten Hoffnungen schauten die Völker der Welt auf die französische Hauptstadt. Ein neues Zeitalter sollte hier beginnen; eines, wie US-Präsident Woodrow Wilson verkündet hatte, in dem das Abschlachten zwischen den Nationen endlich ein Ende habe: "Unser Programm ist das Programm des Weltfriedens." Als er vor Konferenzbeginn Paris, London und Rom besuchte, jubelten ihm die Massen zu, als wäre er der Erlöser.

Die geschundenen Völker hatten schließlich den ersten totalen Krieg der Menschheitsgeschichte durchlitten. Der Schock saß tief, die Furcht, das Mißtrauen. "Wir wollten nicht nur den Frieden vorbereiten", so schilderte es der britische Diplomat Harold Nicolson, "sondern den ewigen Frieden."

Ewiger Friede - laut der Bibel herrscht der nur im Paradies. Die Sieger nahmen sich gut fünf Monate Zeit, um den hehren Anspruch auf Erden zu verwirklichen und den Ersten Weltkrieg zu beenden. Das Ergebnis war jener Vertrag, den die Deutschen im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles unterschrieben und den die Weimarer Nationalversammlung am 9. Juli 1919 ratifizierte. Die Deutschen fügten sich äußerst widerwillig. Die Bedingungen seien "unerträglich", klagte Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann von der SPD, der mit seinem Kabinett zurückgetreten war, weil er dem Vertrag nicht hatte zustimmen wollen: "Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt?"

Ein Siebtel des Territoriums von 1914 ging verloren mit insgesamt einem Zehntel der Bevölkerung. Ostpreußen wurde durch den polnischen Korridor abgetrennt, das Rheinland von den Siegermächten besetzt, die Kolonien wurden unter ihnen aufgeteilt.

Dazu die wirtschaftlichen Verluste: ein Drittel der Kohle-, drei Viertel der Erzkvorkommen, die Handelsflotte, zudem 30 Jahre lang Reparationsleistungen in nicht definierter Höhe.

Damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen könnte, verboten die Alliierten der Weimarer Republik die Wehrpflicht und beschränkten das deutsche Heer auf 100.000 Berufssoldaten. Alle Panzer, U-Boote, Militärflugzeuge mußten ausgeliefert werden - "zur Zerstörung oder Unbrauchbarmachung".

Doch statt ewigen Frieden zu stiften, rief der Vertrag dauerhaften Hader hervor. Und schlimmer noch: Er verfehlte sein Ziel kläglich. Nicht einmal eine Generation später stand die Welt

erneut in Flammen, mit noch mehr Opfern, noch mehr Zerstörung, zudem mit unglaublichen Verbrechen, darunter dem Mord an den europäischen Juden.

Und seitdem rätseln Historiker über die Frage, ob vor 90 Jahren in Paris eine große Chance verpaßt wurde. Wäre die Geschichte Deutschlands, Europas, ja der Welt insgesamt anders verlaufen, wenn die Sieger damals anders entschieden hätten?

Etwa deutlich härter? Die Deutschen hingen ja weiterhin ihren Weltmachtträumen nach. Außenminister Graf Ulrich von Brockdorff-Rantzau, ein Mann von altem Adel und nie ohne Siegelring, war zwar bereit, einige Gebiete abzutreten, wollte aber Österreich anschließen, das Kolonialreich behalten und einen ständigen Sitz im Rat des künftigen Völkerbundes einnehmen, des Vorläufers der heutigen Uno.

Oder war das Friedensdiktat viel zu hart? Nicht die Repräsentanten des für Krieg und Niederlage verantwortlichen Kaiserreichs, sondern Vertreter der neuen Weimarer Republik hatten schließlich den Versailler Vertrag unterschreiben müssen - was sich angesichts der Empörung in Deutschland über die Bedingungen als schwere Hypothek für die junge Demokratie erwies. "Es kann nicht sein, daß zwei Millionen Deutsche umsonst gefallen sind", dröhnte ein junger Rechtsradikaler namens Adolf Hitler, "wir fordern Vergeltung."

Vor allem die Reparationen verleiteten die Führung in Berlin zu fatalen Entscheidungen. Auch um die eigene Zahlungsunfähigkeit zu demonstrieren, riskierte sie eine Hyperinflation, die die Ersparnisse von Millionen Bürgern vernichtete. Später - mitten in der Weltwirtschaftskrise - verfolgte die deutsche Regierung aus dem gleichen Grund eine Deflationspolitik, die die Zahl der Arbeitslosen auf über fünf Millionen hochschnellen ließ (SPIEGEL 3/2008). Auch deshalb glaubten viele Deutsche, die Republik sei den Problemen nicht gewachsen. Auch deshalb verfielen die einfachen Lösungen eines Adolf Hitler.

Was also lief da schief, in Paris 1919? Was wären die Alternativen gewesen?

Die wichtigsten Vereinbarungen wurden in einer exklusiven Runde getroffen, die sich meist in jener Wohnung an der Place des Etats-Unis versammelte, die ein Banker dem US-Präsidenten zur Verfügung gestellt hatte. Da saßen sie dann in einem Halbkreis um den Kamin, in der Mitte auf einem Brokatsessel der 78-jährige französische Premier Georges Clemenceau, kleingewachsen, stets in feines schwarzes Tuch gewandet, mit pergamentfarbener Haut und buschigem Schnurrbart.

Zu seiner Linken meist Italiens Premier Vittorio Orlando, ein Sizilianer, der an der Debatte nur teilnahm, wenn es um italienische Interessen ging. Auf der anderen Seite der puritanische Idealist Wilson, hager, steif und aufrecht, und schließlich Londons Premier David Lloyd George, Lehrersohn aus Wales, dem man trotz des weißen Haarschopfes ansah, daß er mit 56 Jahren der Jüngste in der Runde war. Ein großer Charmeur und berüchtigter Opportunist.

Haben diese vier die große Chance vermasselt?

Die Spurensuche führt zurück auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges, nach Verdun und in die Region Flandern, in die Wüsten des Orients und die Dschungel Afrikas. Mehr als 60 Millionen Soldaten aus fünf Kontinenten hatten dort einander mit der Wucht der industriellen Moderne bekämpft. Es gab Tage, da fielen an einem einzigen Frontabschnitt Zehntausende der hochtechnisierten Tötungsmaschinerie zum Opfer: zerfetzt von Maschinengewehr- oder Artilleriefeuer oder den Giftgasschwaden erlegen, insgesamt mehr als neun Millionen Soldaten. Andere kehrten als Krüppel aus dem Stellungskrieg zurück. Männer, denen Gliedmaßen fehlten, denen Nase oder Kinn weggeschossen worden war.

Da Deutschland, Frankreich und andere Länder ganze Jahrgänge weitgehend mobilisiert hatten, gab es in fast allen Familien Anlaß zur Trauer. Derartige Opfer vielleicht vergebens geleistet zu haben war ein schwer erträglicher Gedanke.

Ein britischer Diplomat schrieb rückblickend, daß in der aufgeheizten Stimmung es selbst "für Übermensch unmöglich gewesen (wäre), einen Frieden der Mäßigung und Gerechtigkeit zu

ersinnen".

Vielleicht war es wirklich unmöglich. Sicher ist, daß niemand von den europäischen Regierungschefs auch nur versuchte, nach dem Waffenstillstand im Herbst 1918 die Emotionen dieses totalen Krieges zu dämpfen. Im Gegenteil.

Als bei den britischen Unterhauswahlen im Dezember Lloyd George die Themen ausgingen, nahm er sich die Kriegsverlierer vor. Die Boulevardpresse wollte bereits den Kaiser hängen sehen - also biederte sich der Premier seinem Volk mit der Forderung an, den nach Holland geflohenen Wilhelm II. vor Gericht zu stellen (was später scheiterte, da Den Haag die Auslieferung ablehnte).

Lloyd George gewann die Wahl, und ins Unterhaus zogen zahlreiche Parlamentarier ein, die sich einen Karthago-Frieden wünschten. O-Ton von Minister Sir Eric Geddes: "Wir werden aus Deutschland herausholen, was man nur aus einer Zitrone pressen kann, und noch etwas mehr."

Alle Parteien hatten nämlich den Krieg auf Pump finanziert - und zumeist darauf gesetzt, sich bei den Verlierern nach einem Sieg schadlos zu halten. Das war die große Lebenslüge des Ersten Weltkrieges, und Lloyd George wußte darum. Sieger und Besiegte standen nämlich vor ähnlich hohen Schuldenbergen; schon die Versorgung der eigenen Bevölkerung stellte die junge Demokratie in Berlin vor große Probleme.

Das Versprechen, alles werde gut, wenn man nur die Deutschen ausplündere, war nicht zu halten.

Es ist viel darüber spekuliert worden, wie die Geschichte ausgegangen wäre, wenn man die Deutschen gleich bei Beginn der Verhandlungen im Januar 1919 dazugerufen hätte - und nicht erst per Sonderzug im April, als das Wesentliche beschlossen war. Wenn also Berlins Abgesandte ihre Argumente hätten vortragen können, wenn es Rede und Gegenrede und die Einsicht in die Position des anderen gegeben hätte.

Doch das Ende des Krieges war für die Alliierten überraschend gekommen. Noch im Sommer 1918 hatten die deutschen Truppen 50 Kilometer vor Paris gekämpft, und im Osten, wo zwischen Lenins Kommunisten und antibolschewistischen Konterrevolutionären ein Bürgerkrieg tobte, standen sie weit in der Ukraine.

Wilson, Clemenceau und Lloyd George hatten mit einem Sieg frühestens im folgenden Jahr gerechnet. Die Pariser Konferenz begann daher, ohne daß sich die Sieger über Ziele und Prinzipien einig gewesen wären. Mühsam rangen die drei Großmächte in den ersten Beratungen um eine gemeinsame Linie, die sie danach nicht mehr in Frage stellen wollten - was im Fall echter Verhandlungen mit der Weimarer Republik aber unumgänglich gewesen wäre.

Wie ließ sich sicherstellen, daß Deutschland nicht erneut einen Krieg anzettelte? Indem man es niederhielt oder einband? Sollte man lieber auf ein Gleichgewicht der Kräfte setzen oder auf ein System kollektiver Sicherheit? Und welche Folgerungen ergaben sich dann jeweils für Deutschlands Grenzen, für seine Rüstung, für seine Reparationszahlungen?

Alles ungeklärte Fragen, als der französische Präsident Raymond Poincaré am 18. Januar 1919 im prunkvollen Uhrensaal des französischen Außenministeriums die Pariser Konferenz eröffnete. Das Datum war mit Bedacht gewählt - genau 48 Jahre zuvor war in Versailles das deutsche Kaiserreich nach einem Sieg über Frankreich gegründet worden.

Nun versammelte sich tout le monde an der Seine. Denn es ging ja nicht nur um Deutschland, sondern die halbe Welt verlangte nach einer neuen Ordnung. Mit Österreich-Ungarn, dem Zarenreich und dem Osmanischen Reich waren gleich drei Vielvölker-Imperien untergegangen. Überall etablierten sich neue Staaten oder erlebten eine Wiedergeburt: Jugoslawien, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Österreich. Das Schicksal der deutschen Kolonien in Asien und Afrika mußte ebenso entschieden werden wie die Zukunft des Nahen Ostens.

Meist trugen die Politiker, Volksgruppenvertreter oder Scheichs ihr Anliegen im Plenum der

Konferenz vor oder in einem der insgesamt 58 Ausschüsse; notfalls auch in den Lobbys und Suiten der Hotels Majestic oder Crillon, wo die nach Hunderten zählenden Delegationen der Briten und Amerikaner residierten.

Da stritten dann Tschechen und Polen um das Gebiet von Teschen; Italien verlangte Teile Dalmatiens, die Jugoslawien für sich beanspruchte; Japan wollte die deutsche Kolonie Kiautschou, obwohl diese auf chinesischem Festland lag. Der Brite Nicolson beklagte eine "Atmosphäre von Zwietracht und Verwirrung", in der die diplomatische Etikette schnell verloren ging.

Wohl selten sind derart viele gefälschte Landkarten und Statistiken vorgelegt worden wie auf der Pariser Konferenz, denn im neuen Zeitalter der Demokratie suchten alle Mächte zu begründen, daß die Menschen in den begehrten Gebieten eigentlich zu ihnen gehörten (oder gehören wollten).

Nach dem Versailler Vertrag mit den Deutschen schlossen die Alliierten am Ende auch mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei jeweils Frieden.

Oder was sie für einen Frieden hielten. Der mit Deutschland hielt 20 Jahre, die Bestimmungen in anderen Regionen halten die Weltbevölkerung noch neun Jahrzehnte später in Atem.

Kein Zweifel, in Paris wurde manche historische Chance vertan, etwa als der arabische Emir Faisal jene nationale Unabhängigkeit einforderte, die Großbritannien für seinen Kampf gegen die Türken versprochen hatte. Faisal war bereit, dafür zionistischen Einwanderern in Palästina eine "jüdische Heimstätte" zu gewähren - was den heutigen Nahost-Konflikt möglicherweise verhindert hätte. Doch die Briten lehnten ab. Und trösteten später den Scheich mit dem Thron eines Kunststaates aus drei ehemals osmanischen Provinzen, dessen Gründung sich auf die Verhandlungen in Paris zurückführen läßt: des Irak.

Vielleicht hätte man auch der Petition eines vietnamesischen Emigranten in Paris Aufmerksamkeit schenken sollen, der davon lebte, Schwarzweißfotos zu kolorieren. Der 28-Jährige forderte vergebens die Gleichberechtigung seines Volks mit den Franzosen, die seine Heimat als Kolonie hielten. In den sechziger Jahren kannte ihn dann die ganze Welt, denn unter dem Namen Ho Chi Minh bekämpfte er die Amerikaner im Vietnam-Krieg.

Ursprünglich wollten die großen Drei samt Italiens Premier in weitgehender Offenheit konferieren. Aber schon bald war ihnen das Interesse der vielen Abordnungen und Zeitungsleute lästig, sie zogen sich zurück. Über hundertmal trafen sich die vier, beugten sich über die riesigen Europakarten.

Clemenceau, gequält von Schlaflosigkeit, mochte seine Kollegen nicht, lästerte vor allem über Wilsons Idealismus ("wie Jesus Christus"). Der US-Präsident war dem Franzosen seinerseits in herzlicher Abneigung zugetan. Während seine Mitarbeiter sich in den Bars und Clubs der Metropole vergnügten, lag er meist um 22 Uhr im Bett und grübelte. Die Probleme der Welt gingen ihm nahe, tagelang mußte er der Konferenz fernbleiben, vermutlich infolge eines Schlaganfalls. Nur der unverwundliche und lebensbejahende Lloyd George genoß mit seiner Geliebten den Trubel in Paris - und die Diskretion der britischen Presse.

Zur Delegation des Premiers zählte ein junger Ökonom, der später weltberühmt werden sollte: John Maynard Keynes. Das Bild, das er von den Verhandlungen in seinem Bestseller "Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages" zeichnete, bestimmt noch heute die Sicht auf die Beteiligten. Schon deshalb, weil seine Schilderungen so unterhaltsam sind.

Clemenceau begegnet dem Leser als überlegener Machtpolitiker, der die Verhandlungen mit halbgeschlossenen Augen verfolgt, die Hände auf dem Tisch in grauen Zwirnhandschuhen. Ein beinhardter Vertreter Frankreichs, dessen lebhafteste Eindrücke allerdings laut Keynes "der Vergangenheit und nicht der Zukunft angehören".

Wilson erscheint demgegenüber als "blinder und tauber Don Quijote", von "edlen Absichten beseelt", aber den Winkelzügen des Franzosen hoffnungslos unterlegen, denn der Präsident,

immerhin Politikprofessor in Princeton, war laut Keynes im Kopf "zu langsam".

Klingt gut. Die Wirklichkeit sah aber anders aus.

Den scheinbar übermächtigen Clemenceau trieb vor allem eines um: die Angst vor dem Nachbarn. Er stimmte dem prophetischen Memo eines Mitarbeiters zu, daß Deutschland "bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung eine furchtbare Drohung für die Zivilisation" bleibe.

Der studierte Arzt hatte zwei Kriege der beiden Großmächte in nicht einmal 50 Jahren erlebt, jeweils auf französischem Boden. Er haßte das Reich "abgrundtief für das, was es Frankreich angetan hat". Die französische Bilanz des Ersten Weltkrieges: 1,9 Millionen Tote, 480 000 zerstörte Häuser, 4,2 Millionen Hektar verwüstet, eine Fläche so groß wie Dänemark. Clemenceau beschäftigte auf der Konferenz nur eine Frage: Wie konnte sich sein Land vor einer Wiederholung schützen?

Der Ministerpräsident wußte um Frankreichs strukturellen Nachteil. Vor der deutschen Reichsgründung 1871 waren die Völker ungefähr gleich groß und seine Nation den Deutschen an Wirtschaftskraft überlegen gewesen. Inzwischen hatten sich die Gewichte deutlich verschoben. Clemenceau: "Der Fehler der Deutschen ist, daß es 20 Millionen zu viel von ihnen gibt."

Er sah nur eine Möglichkeit, die Dominanz Berlins auszugleichen: durch ein dauerhaftes Bündnis mit Briten und Amerikanern. Für eine Allianz mit London und Washington war Clemenceau bereit, "jedes Opfer (zu) bringen".

Und davon gab es einige, denn die Angloamerikaner widersetzten sich häufig seinen Vorschlägen, weil sie eine französische Vorherrschaft auf dem Kontinent ebenso fürchteten wie eine deutsche Hegemonie. Zudem sorgten sich Wilson und Lloyd George, ein geschwächtes Deutschland könne Lenins Bolschewisten in die Hände fallen. Der britische Premier mahnte daher die Franzosen zur Mäßigung: "Die größte Gefahr ist die, daß Deutschland sich mit dem Bolschewismus zusammentun und seine Hilfsmittel, seinen Verstand, seine breite Organisationskraft den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen könnte."

Schritt für Schritt räumte Clemenceau seine Positionen. Elsaß-Lothringen sollte zu Frankreich, das war unstrittig. Aber er hatte auch die Südpfalz und das Saargebiet zu Frankreich schlagen wollen. Das restliche linksrheinische Deutschland wünschte er sich als einen neuen Staat, mit Paris durch eine Zollunion verbunden. Das Deutsche Reich wäre dann an der Westgrenze verteidigungsunfähig gewesen.

Wilson lehnte ab: Das sei verrückt, er würde sich "lieber auf der Straße steinig lassen, als dem zuzustimmen".

Anfang April 1919 stand die Konferenz vor dem Scheitern, und der Präsident ließ bereits den Dampfer "George Washington" für die Heimreise vorbereiten. Am

Ende übernahm der soeben gegründete Völkerbund das Saargebiet mit der Maßgabe, nach 15 Jahren eine Volksabstimmung durchzuführen (bei der über 90 Prozent der Saarländer für einen Anschluß an das "Dritte Reich" stimmen sollten). Und das Rheinland blieb bei Deutschland. Die Alliierten durften es allerdings samt einiger Brückenköpfe rechts des Rheins bis zu 15 Jahre, möglicherweise sogar länger, besetzen. Zudem wurde Berlin dauerhaft untersagt, dort Truppen zu stationieren (siehe Grafik Seite 52).

Ein Kompromiß, obwohl Clemenceau so tat, als hätte er damit die Rheingrenze für ewig gesichert. In kleiner Runde prahlte er, "wenn Sie einmal an meinem Grab stehen, dann werden Sie mir sicher berichten können: Wir stehen immer noch am Rhein".

Immerhin setzte der Mann aus der Vendée durch, daß Deutschland seine Kolonien verlor (Japaner, Briten, Franzosen, Südafrikaner, Australier, Neuseeländer und Belgier griffen zu) und im Osten größere Gebiete an das neue Polen abtrat, darunter den überwiegenden Teil der Provinzen Posen und Westpreußen.

Danzig wurde Freie Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes. Zwischen Ostpreußen und das Kernreich schob sich der sogenannte polnische Korridor. Ganz im Sinne Clemenceaus, der mit einem "cordon sanitaire", einem Sicherheitsgürtel aus Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien, von Osten her Berlin Einhalt gebieten wollte.

Vielen seiner Landsleute reichte das nicht. Die Erwartungen waren derart hoch, die Rachsucht so stark, daß Clemenceau in der Öffentlichkeit nicht mehr wie bis 1918 als "Vater des Sieges" gerühmt wurde, sondern einen neuen Spitznamen erhielt, in dem sich die Enttäuschung widerspiegelte: "Verlierer des Sieges".

Mit Blick auf die Pariser Innenpolitik tun sich Historiker daher schwer, Clemenceau verpaßte Chancen nachzuweisen. Unter den vielen Radikalen in Frankreich war er ein Gemäßigter. Auch wenn er sich keine Gelegenheit entgehen ließ, die Deutschen öffentlich zu demütigen, und damit dazu beitrug, die Atmosphäre nachhaltig zu vergiften.

Auf der Hand liegen hingegen Woodrow Wilsons Versäumnisse. Der US-Präsident hatte - beflügelt vom amerikanischen Sendungsbewußtsein - während des Krieges verkündet, den Frieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu schließen. Ein demokratisches Prinzip, das auch dem Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten zugrunde lag.

Wilson's Ansage hatte indes enorme Erwartungen in Deutschland geschürt, die er nicht erfüllen konnte. Schon ein Blick auf die Landkarte hätte ihn belehrt, daß bei konsequenter Anwendung seiner Prämisse das Reich größer und nicht kleiner werden mußte - weil nach dem Zerfall der Wiener k. u. k. Monarchie Millionen Österreicher und Sudetendeutsche einen Anschluß an die Weimarer Republik erstrebten. Aus Sicht der Alliierten unannehmbar.

Und in einigen Gebieten, die aus strategischen Gründen zu Polen geschlagen wurden, lebten ebenfalls überwiegend Deutsche. Der Präsident tröstete sich mit dem Gedanken, der Völkerbund als eine Art Weltparlament könne später entsprechende Grenzkorrekturen vornehmen.

Den Hardlinern in Deutschland war es jedoch ein Leichtes, Wilson des Wortbruchs zu beschuldigen und den Eindruck zu verstärken, ungerecht behandelt worden zu sein.

Noch schwerer wiegt der Fehler des Präsidenten, Amerika wirtschaftlich und vor allem politisch nicht an den alten Kontinent gebunden zu haben. Denn Frankreich, Belgien und die anderen Länder brauchten die USA im Rücken, um sich mit Deutschland aussöhnen zu können. So wie es nach 1945 geschah, als die Nato das deutsche Übergewicht austarierte.

Die Einsicht in solche Zusammenhänge war 1919 durchaus vorhanden. Der junge Keynes etwa warb dafür, nicht gegen, sondern mit den Deutschen Europas Wiederaufbau anzugehen, und mit US-Hilfe. Briten und Franzosen hatten während des Krieges riesige Kredite in Washington aufgenommen. Keynes schlug einen Schuldenerlaß Washingtons und eine Art Marshallplan vor. Beides sollte die europäischen Siegermächte finanziell entlasten und ihnen Großherzigkeit gegenüber den Deutschen ermöglichen.

Auch ein dauerhaftes sicherheitspolitisches Engagement der Amerikaner stand auf der Pariser Tagesordnung. Clemenceau plädierte dafür, dem neuen Völkerbund in Genf militärische Machtmittel zu verleihen: einen internationalen Generalstab und eine eigene Armee.

Natürlich zielte er darauf, die Deutschen damit kleinzuhalten, aber wie wäre wohl das 20. Jahrhundert verlaufen, wenn es eine solche internationale Streitmacht mit US-Beteiligung gegeben hätte? Doch Wilson lehnte ab: "Das ist unmöglich", im US-Senat angeblich nicht durchsetzbar. Und die Schulden sollten auch zurückgezahlt werden.

War das wirklich unmöglich? Der selbstgerechte Idealist aus Virginia verabscheute jenes Werben und Umschmeicheln, das zum politischen Tagesgeschäft zählt. Er verzichtete darauf, führende Senatoren in seine Delegation für Paris aufzunehmen, machte sich gar über die Parlamentarier lustig, zeigte ihnen immer wieder seine Geringschätzung. So stimmten später zu viele Senatoren gegen eine Mitgliedschaft im Völkerbund und gegen den Versailler Vertrag.

Es war Wilsons bitterste politische Niederlage. Der von ihm initiierte Völkerbund blieb kraftlos, auch weil ausgerechnet sein Land außen vor blieb. Und in der Folge kippte die Stimmung: Immer mehr Amerikaner begrüßten die weltpolitische Isolation. Amerika zog sich zurück. Chance vertan.

So nahm der Zug in den Abgrund Fahrt auf - und blieb, wie von böser Hand gesteuert, fortan bei jeder Weiche auf dem falschen Gleis.

Am heftigsten stritten die Friedensmacher ums Geld.

Zunächst schien die Vernunft zu siegen. Die Amerikaner setzten gegenüber den Verbündeten bei den Waffenstillstandsverhandlungen durch, daß die Deutschen nur für zivile Schäden aufkommen sollten: Häuser aufbauen, Vieh ersetzen, verwüstete Äcker wiederherstellen. Alles andere sollte jede Kriegspartei selbst tragen, also kriegsbedingte Steuerausfälle, Soldzahlungen, Kosten für Panzer oder Fregatten.

Doch dann verlangte Lloyd George eine Kurskorrektur, denn andernfalls hätten die Briten auf ihrer vom Krieg verschonten Insel nur einige tausend Pfund für ein paar versenkte Handelsschiffe erhalten - obwohl Großbritannien mehr Geld für den alliierten Triumph ausgegeben hatte als alle anderen Siegermächte.

Wilson lehnte den Vorstoß zunächst ab; es sei "unehrenhaft", vor dem Waffenstillstand den Deutschen etwas zuzusagen und es hinterher nicht einzuhalten.

Aber Lloyd George stand vor dem Dilemma, daß er im Wahlkampf vollmundig verkündet hatte, die Deutschen würden das Loch in den britischen Kassen stopfen. Nun jammerte er, wie ein Amerikaner notierte, er benötige "eine plausible Ausrede für seine Leute, warum er sie in die Irre geführt habe".

In dieser Situation betrat der südafrikanische Delegierte und spätere Premierminister Jan Smuts die Weltbühne und schlug einen Ausweg vor. Zu den zivilen Schäden, die Wilson ja ersetzt haben wollte, könne man doch auch die Pensionen und Renten für Krüppel, Witwen und Waisen rechnen, die einen beträchtlichen Teil der britischen Kriegskosten ausmachten.

Wilson fluchte und schimpfte; seine Mitarbeiter protestierten, das sei gegen alle Logik, aber schließlich willigte der Präsident ein, um Lloyd George den Rücken zu stärken: "Logik, Logik, ich pfeife auf Logik, ich werde die Pensionen einbeziehen."

Gut für die Briten: Ihr Anteil an den Reparationen stieg schließlich auf 22 Prozent.

Schlecht für die Welt: Mit dem Wortbruch gegenüber Berlin vervielfachte sich die potentielle Summe der von den Deutschen zu zahlenden Reparationen.

Weitsichtig notierte Keynes, es gebe "wenige geschichtliche Vorgänge, die die Nachwelt weniger Grund haben wird zu verzeihen".

Aber selbst in dieser Frage schien es das Schicksal zunächst noch gut zu meinen. Intern diskutierten die Alliierten nämlich Gesamtsummen für die Reparationslasten, die sogar Berlin halbwegs erträglich gefunden hätte. Da aber Clemenceau und Lloyd George fürchteten, ihren jeweiligen Landsleuten könnten diese Gelder zu gering erscheinen, verzichteten die Siegermächte darauf, einen Gesamtbetrag festzuschreiben - was wiederum die Deutschen glauben ließ, sie stellten mit dem Versailler Vertrag einen Blankoscheck aus, der sie später teuer zu stehen kommen würde.

Dabei gingen Briten, Amerikaner und auch Franzosen davon aus, daß "ohne Zweifel innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre der Wunsch überall groß sein werde, die den Deutschen präsentierte Rechnung drastisch zu senken", wie ein amerikanischer Experte notierte.

Die Weimarer Republik konnte ja Reparationsgelder nur durch Handelsüberschüsse erwirtschaften, und das bedeutete weniger alliierte Importe nach Deutschland und scharfe deutsche Konkurrenz auf den Exportmärkten - eine für die Sieger nicht sehr attraktive Perspektive. Nur wollte man diese Einsicht vor den Verlierern verbergen.

Womit wieder eine Chance vertan war.

Das Problem wurde vertagt, eine Reparationskommission sollte später die genaue Summe bestimmen. Diese Kommission verlangte dann noch einige Jahre von den Deutschen Phantasiezahlen, und um die entsprechenden Summen einzutreiben, besetzten Clemenceaus Nachfolger zeitweise Düsseldorf und Duisburg und später sogar fast das gesamte Ruhrgebiet.

Erst 1932 einigte man sich auf ein Ende der Reparationen. Deutschland zahlte insgesamt so viel, wie heute der Arbeits- und Sozialminister in anderthalb Jahren ausgibt, nämlich umgerechnet 180 Milliarden Euro. Hätten die Deutschen schon 1919 gewußt, daß die Summe zwar groß, aber zu bewältigen sein würde, wären sie vermutlich eher bereit gewesen, sich mit den Feinden von einst zu versöhnen.

Ende April war es dann so weit: Der mit 80.000 Wörtern längste Friedensvertrag der Geschichte lag im Wesentlichen vor. Die Verlierer wurden herbeizitiert. Insgesamt drei Sonderzüge brachten die 180-köpfige deutsche Delegation nach Versailles.

Kurioserweise ist das Original des Versailler Vertragswerks verschollen; Hitler hatte es nach Berlin bringen lassen, wo sich bei Kriegsende 1945 die Spur verliert. Aber natürlich gibt es Abschriften und Fotoreproduktionen der 440 Artikel, die die großen Fragen bestimmten, neben Grenzen und Reparationen eine drastische Abrüstung Deutschlands.

Und seitenlange Listen: 500 Zuchthengste, 2.000 Stiere, 90.000 Milchkühe, 20.000 Schafe, 15.000 Mutterschweine. Ersatz für die im Krieg gebeutelten französischen und belgischen Bauern.

Die Briten verlangten in Artikel 246 auch den Schädel eines Sultans Makaua, "der aus dem deutschen Schutzgebiet Ostafrika nach Deutschland gebracht worden ist". London hatte dem Stamm der Wahehe die Rückgabe dieses offenbar wichtigen Relikts versprochen. Allerdings wußte in Berlin niemand, wo die Überreste verblieben waren, und angeblich hat das Auswärtige Amt drei Schädel aus der Asservatenkammer geschickt. Sollten sich doch die Briten einen aussuchen.

Neben Makabrem findet sich im Vertrag eine Bestimmung, die die Zeitläufe überdauert hat. Im Hamburger Hafen verfügt die Tschechische Republik noch heute über ein 30.000 Quadratmeter großes Areal, das jetzt eine Firma für Immobilien und Unternehmensberatung nutzt; der Versailler Vertrag garantiert Prag ein entsprechendes Gelände im Freihafen der Hansestadt - zur Pacht für 99 Jahre.

Die deutsche Delegation ging auf der Fahrt nach Versailles von harten Verhandlungen aus. Außenminister Brockdorff-Rantzau hatte Kisten voller Karten, Statistiken und Akten im Gepäck, um seine Positionen gut begründen zu können.

Am 7. Mai betrat eine kleine deutsche Abordnung den Saal des Versailler Luxushotels Trianon Palace. Die Delegierten der Friedenskonferenz waren aus Paris angereist und warteten an einer hufeisenförmigen Tafel. Brockdorff-Rantzau nahm an einem Tisch im Innern des Hufeisens Platz, der einer Anklagebank glich - eine jener vielen kleinen Demütigungen, von denen die französischen Gastgeber nicht lassen mochten.

Der Außenminister und seine Mitarbeiter wirkten auffällig blaß, geradezu fiebernd, aber auch Clemenceau waren die Anstrengungen anzusehen. Die Sätze des Franzosen kamen kurz und abgehackt, einem Beobachter zufolge "wie von konzentrierter Wut und Verachtung herausgestoßen": "Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren."

Und dann die große Enttäuschung: Brockdorff-Rantzau sollte seine Einwände schriftlich vortragen. Also keine mündlichen Verhandlungen, von denen sich Berlin so viel versprochen hatte.

Brockdorff-Rantzau hatte mehrere Redemanuskripte vorbereitet. Er wählte die scharfe Variante, die er sitzend vortrug, um nicht vor den Siegern wie "ein Angeklagter" zu stehen - ein Affront gegenüber dem älteren und ranghöheren Clemenceau.

Mit schneidender Stimme setzte der Graf an: "Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge."

Clemenceau lief puterrot an vor Wut, zornig zerbrach Lloyd Georg einen Brieföffner, Wilson schimpfte: "Die Deutschen sind wirklich ein dummes Volk. Sie tun immer das Falsche."

Die deutsche Revolution hatte Brockdorff-Rantzau an die Spitze des Auswärtigen Amtes gespült. Der Diplomat hatte sich während des Krieges mehrfach den deutschen Militärs entgegengestellt und genoß seitdem die Sympathie der Linken. Die Alliierten sahen in dem hochgewachsenen Adligen hingegen ein Überbleibsel des alten Deutschlands.

Dem reizbaren, geltungssüchtigen Mann waren in der Tat Ehre und Würde die "Fixpunkte seines Weltbildes", wie der Historiker Eberhard Kolb schreibt. Eine ganz schlechte Voraussetzung für eine Mission, bei der nicht Trotz und Besserwisserei, sondern Geschmeidigkeit gefragt war.

Schnell verbiß sich der Graf in Artikel 231, dem zufolge Deutschland den Krieg begonnen und den Alliierten "aufgezwungen" hatte. Im nun einsetzenden Notenaustausch - die Deutschen überreichten in vier Wochen 17 umfangreiche Denkschriften - schoß er sich auf die Schuldfrage ein und machte diese damit an den heimischen Stammtischen zum Thema.

Schon bald empörte der Passus die Menschen in der Heimat mehr als jeder andere Absatz aus dem Versailler Vertrag.

Der sogenannte Kriegsschuldartikel ging auf den Anwalt John Foster Dulles zurück, in den fünfziger Jahren als US-Außenminister ein enger Verbündeter von Kanzler Konrad Adenauer. Es war eine Idee von Juristen für Juristen gewesen. Vergleichsweise harmlos.

Dulles wollte mit der Klausel nur den umfassenden Reparationsanspruch der Alliierten rechtlich verankern. Die moralisch aufgeladene Frage, wer den Ausbruch des Weltkrieges 1914 zu verantworten hatte, hatte der Amerikaner so gar nicht stellen wollen. Im Rückblick schrieb er, das habe er wohl "nicht angemessen eingeschätzt".

Minister Brockdorff-Rantzau und die Berliner Regierung trifft freilich mindestens ebensolche Schuld. Schließlich lag in der Kanzlei von Ministerpräsident Scheidemann längst eine interne Dokumentation zum Kriegsausbruch 1914 vor. Wer sie gelesen hatte, wußte: Wilhelm II. und seine Führung trugen zwar nicht die Allein-, wohl aber eine Hauptverantwortung. Doch Scheidemann nahm die brisanten Papiere unter Verschuß.

Den Deutschen in der Heimat waren die militärischen Schrecken des Ersten Weltkrieges, also Artilleriefeuer, Häuserkampf, Giftgaseinsatz, erspart geblieben. Als das Kaiserreich 1918 kapitulierte, standen die zurückströmenden Truppen noch außerhalb der Landesgrenzen. Daraus entwickelte sich die Mär, die Soldaten seien im Felde unbesiegt - und die Niederlage sei Folge eines Dolchstoßes der Demokraten, die den Kaiser zum Abdanken gezwungen hatten.

Aus Selbstgerechtigkeit wurde Trotz, aus Trotz offene Wut. Am 16. Juni lehnten die Alliierten weitgehende Korrekturvorschläge zum Versailler Vertrag endgültig ab und verlangten eine Unterzeichnung innerhalb von wenigen Tagen. Andernfalls würden sie den Krieg wieder aufnehmen.

Es folgte eine der dramatischsten Wochen in der deutschen Geschichte: Ministerpräsident Scheidemann wollte es ebenso wie der parteilose Brockdorff-Rantzau darauf ankommen lassen. "Dieser Vertrag ist die Verewigung des Krieges", schimpfte Konstantin Fehrenbach vom katholischen Zentrum, einem Koalitionspartner der SPD, "auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt werden soll."

Erst als die Militärs ein ungeschöntes Bild der Lage zeichneten, kippte die Stimmung. General Wilhelm Groener, Erster Generalquartiermeister, hielt eine "Wiederaufnahme des Kampfes für Wahnsinn". Der alliierte Oberbefehlshaber Ferdinand Foch, ein Franzose, plante bereits

den Vormarsch entlang der Main-Linie und wollte die politische Spaltung Deutschlands in einen Nord- und einen Südtteil. Die Einheit stand auf dem Spiel.

Scheidemann trat schließlich zurück, Brockdorff-Rantzau ebenfalls. Deutschland stand ohne Regierung da. Rund um die Uhr verhandelten nun die Fraktionen; die Rechtsparteien DVP und DNVP wollten auf keinen Fall nach außen hin die Verantwortung mittragen. Am Ende stellten SPD und Zentrum erneut die Regierung, aber ohne weiteren Koalitionspartner und mit einem frischen Ministerpräsidenten.

Der neue Außenminister, Hermann Müller, zugleich Vorsitzender der SPD, erklärte sich bereit, den sogenannten Schandfrieden zu unterzeichnen. Da die Sozialdemokraten einen Zentrumsmann dabei haben wollten, wurde der Essener Johannes Bell gekeilt, der das Verkehrsressort leitete.

Mit kühlem Blick hätten die Deutschen erkennen können, daß der Vertrag so schlecht nicht war. Berlin hätte im Falle eines Sieges wohl einen deutlich härteren Frieden diktiert. Immerhin blieb das Reich stärkste Wirtschaftskraft auf dem Kontinent. Und da das sowjetische Rußland als Bündnispartner für Frankreich ausfiel, mußte Berlin auch keine Einkreisung fürchten. Deutschland befand sich "strategisch in einer weitaus stärkeren Position, als es sie vor dem Krieg besessen hatte", urteilt sogar der Historiker und frühere US-Außenminister Henry Kissinger (siehe Seite 54).

Aber dieser kühle Blick ging den Verlierern ab. Und so verschenkten vor 90 Jahren alle wichtigen Beteiligten - Briten, Amerikaner, Franzosen und Deutsche - am Ende die große Chance, nach dem Sterben auf den Schlachtfeldern einen dauerhaften Frieden zu stiften.

Der Versailler Vertrag erwies sich als zu hart, um die Deutschen und ihre Nachbarn dauerhaft zu versöhnen. Und er war zu weich, um die Rückkehr Deutschlands als Großmacht und einen Revanchekrieg für immer auszuschließen.

Am 28. Juni 1919 drängten sich im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles über tausend Menschen: Staatsmänner, Diplomaten, Journalisten, Militärs. Kurz nach 15 Uhr setzten Müller und Bell ihren Namen unter das Dokument. Mit Ausnahme Chinas, das japanische Besitzansprüche ablehnte, unterzeichneten alle Delegationen. Die Zeremonie dauerte 50 Minuten.

Zurück im Hotel, löste sich die Anspannung, und Müller strömte der Schweiß aus allen Poren, wie er es "nie zuvor erlebt" hatte. Er wollte nur weg.

Am selben Abend bestieg die Delegation den Zug und verließ Versailles. Als die Dunkelheit einsetzte, sahen die Deutschen über den Dörfern Raketen und Feuerwerkskörper in den Himmel aufsteigen. Frankreich feierte den Frieden.

Deutschland hingegen lauerte auf eine Revanche.<<

Das "Handelsblatt" berichtet am 1. Oktober 2010 über die letzten deutschen Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg: >>**Letzte Zahlungen**

### **Das späte Ende des Versailler Vertrags**

Am 3. Oktober sind die letzten deutschen Reparationszahlungen für den 1919 geschlossenen Friedensvertrag fällig. Damit läßt das wiedervereinigte Deutschland die Schrecken der Vergangenheit hinter sich, ohne sie zu vergessen. Warum der politisch brisante Vertrag sich bis heute finanziell auswirkt. ...

Am kommenden Sonntag enden die Zahlungen für den Versailler Vertrag. Die meisten Deutschen dürften davon nichts wissen, schließlich ist der Friedensvertrag von 1919 ein längst abgeschlossenes Kapitel. Mit den schädlichen Folgen seiner äußerst harten Reparationsforderungen für die junge Weimarer Republik befassen sich allenfalls noch die Historiker.

Aber eben doch nicht sie allein, sondern auch das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen - mit dem man auch nicht jeden Tag zu tun hat. Das Amt brachte jetzt eine Zahlung von 70 Mio. Euro für eine Bundes-Schuldverschreibung auf den Weg. Mit dieser Tilgung sind die noch verbliebenen Auslandsschulden des Deutschen Reiches abgelöst, die

auf die Reparationen zurückgingen.

Zugegeben, es kostet etwas Überwindung, zu glauben, daß die Bundesrepublik noch 2010 für finanzielle Forderungen aus einem Vertrag von 1919 entsteht, der seit Jahren auch international als ein politisches Fiasko gilt. Die erdrückenden Bedingungen des in einem Eisenbahnwagen unterzeichneten Vertrags waren ein Teil des Weges in die Nazi-Diktatur, weil sie der extremen Rechten die Agitation gegen die junge Republik von Weimar mit Begriffen wie "Erfüllungspolitiker" und "Schandvertrag" erleichterte.

Nur: Manche Anleihe hat ein Leben, das länger währt als politische Intentionen. Mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 hat sich die junge Bundesrepublik mit den West-Alliierten und weiteren Staaten verständigt, wie die Auslandsschulden des Deutschen Reiches und Preußens behandelt werden sollten. Die waren während des Zweiten Weltkrieges nicht mehr bedient worden.

Es ging dabei unter anderem auch um die Dawes- und Young-Anleihen, zwei Bonds, mit denen den Deutschen in den 20er-Jahren die Reparationszahlungen durch zeitliche Streckung etwas erleichtert werden sollten. In den Jahren nach 1953 wurden die Forderungen im Einzelnen geprüft und mit neuen Anleihen beglichen, deren letzte 1984 fällig war.

Aber das ist nicht die ganze Geschichte. Denn auch nach dem Londoner Abkommen blieben noch Zinszahlungen offen, die zwischen 1945 und 1952 nicht erfolgt waren. Für diese Beträge hatten die deutschen Unterhändler eine geschickte Regelung getroffen: Sie sollten erst beglichen werden, wenn Deutschland wiedervereint sei. Damals hieß das so viel wie: am Sankt-Nimmerleins-Tag.

Anders als von vielen erwartet stellte sich dieser Tag aber doch ein, und zwar am 3. Oktober 1990. Penibel wie sie ist, legte die Bundesschuldenverwaltung unmittelbar nach der Wiedervereinigung eine neue Anleihe auf - Zins: magere drei Prozent - mit der die noch offenen Zinszahlungen auf die alten Anleihen aus Reparationszeiten abgegolten wurden. Deshalb endet der Versailler Vertrag exakt 20 Jahre nach der Wiedervereinigung.<<

Die Tageszeitung "DIE WELT " berichtet am 24. November 2013 über den "Friedensvertrag von Versailles": >>... Im großen Saal von Versailles wurde Weltgeschichte geschrieben. 1919 unterzeichneten die Deutschen hier den Friedensvertrag

Die Anfahrt der 180-köpfigen deutschen Delegation nach Versailles verlief nicht eben angenehm. Der französische Reiseveranstalter hatte sich größte Mühe gegeben, die Zufahrt im scheußlichsten Teil der Strecke zu verlangsamen. So fuhr am frühen Morgen des 29. April 1919 eine Gruppe deutscher Politiker, Diplomaten und Journalisten durch das westliche Belgien und das nordöstliche Frankreich. Sie blickten aus dem Fenster und sahen, was ihre Landsleute hinterlassen hatten: niedergebrannte Dörfer, verwüstete Landschaften, geflutete Kohleminen.

Die Gesandten unter Führung des deutschen Außenministers Ulrich von Brockdorff-Rantzau waren am Vortag in Berlin in dem Glauben aufgebrochen, sie führen nach Versailles, um dort über einen Friedensvertrag zu verhandeln. Erst nach der Ankunft wurde ihnen klar, daß es nichts mehr zu verhandeln gab. Man brachte die deutsche Delegation ins "Hotel des Réservoirs", eine Herberge, die eindeutig schon bessere Tage gesehen hatte.

Als die Deutschen aus den Bussen stiegen, wurden sie von einer johlenden Menschenmenge ausgepiffen. Das Gepäck wurde nicht auf die Zimmer gebracht, sondern demonstrativ in den Hof geworfen. Das Hotel war umgeben von einem mannshohen Bretterzaun. Man werde behandelt "wie die Bewohner eines Negerdorfes in der Völkerschau", schimpfte ein Delegationsmitglied. Es war ungewöhnlich kalt in diesem April. Die Deutschen ließ man es spüren, indem man die Heizung des Hotels abstellte.

Sucht man heute in Versailles nach dem "Hotel des Réservoirs", liegt es nördlich vom Haupteingang des Schlosses gleich neben dem Gebäude der königlichen Oper von Versailles. Eine

Tafel neben der Hofdurchfahrt erläutert, daß das Gebäude 1752 von dem Architekten Cailletau errichtet wurde und der Lieblingsmätresse von König Ludwig XV. als Wohnsitz diente: der berühmten Madame de Pompadour. So hatte es der König nicht allzu weit für seine Hausbesuche. Später residierte hier der Gouverneur von Versailles, bevor das Stadtpalais zwischen 1875 und 1933 als Hotel genutzt wurde. Daß 1908 ein Stockwerk aufgesetzt wurde, kann man der Tafel ebenso entnehmen wie die Tatsache, daß hier heute eine Denkmalschutzbehörde untergebracht ist.

Es ist indes nicht einfach, in Versailles Hinweise darauf zu finden, daß das Schloß für die deutsch-französische Geschichte eine wichtige Rolle gespielt hat. Nach dem Sieg über Frankreich wurde König Wilhelm I. von Preußen 1871 im Spiegelsaal des Schlosses zum deutschen Kaiser proklamiert, für die Franzosen war dies eine Demütigung par excellence. Als Revanche für ebenjene Kaiserproklamation bestanden die Franzosen 1919 darauf, daß die Deutschen an genau demselben Ort den Friedensvertrag unterzeichneten und ihre Alleinschuld am Ersten Weltkrieg anerkannten.

Der ebenso hochnäsige wie unbeherrschte Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau war für diese Mission jedoch eine Fehlbesetzung. Der Außenminister, dem man nachsagte, daß er ein ebenso schwerer Trinker wie Morphinist war, hatte aus familiären Gründen eine ganz spezielle Beziehung zu Versailles. Seine holsteinischen Vorfahren hatten im 17. Jahrhundert unter französischer Flagge gedient und waren mit dem französischen Adel gut bekannt.

Es ging sogar das Gerücht um, daß ein gewisser Marschall von Rantzau der leibliche Vater von König Ludwig XV. gewesen wäre. Ein französischer Offizier, dem diese Geschichte zu Ohren gekommen war, fragte persönlich bei Brockdorff-Rantzau nach und erhielt zur Antwort: "Gewiß. In meiner Familie betrachtet man die Bourbonen seit 300 Jahren als Rantzau-Bastarde." Für das ohnehin frostige Verhandlungsklima war dieser geistlose Scherz kaum förderlich.

Nachdem die Deutschen über eine Woche im "Hotel des Réservoirs" gefroren hatten, bestellten die Alliierten sie ins Hotel "Trianon Palace" ein. Das Grandhotel am Schloßpark war erst im Jahr 1910 eröffnet worden und galt als Inbegriff der Eleganz. Während des Weltkrieges war es als Militärhospital genutzt worden, und nach dem Waffenstillstand tagte hier die interalliierte Militärkommission. Außenminister von Brockdorff-Rantzau grübelte lange, was er den Siegern sagen sollte. Schließlich bereitete er zwei Erklärungen vor, eine kurze und eine lange.

Am Morgen des 7. Mai betrat er den Festsaal des Hotels: Am Kopf des Saales, vor der Fensterfront zum Park, saßen die Vertreter der Alliierten, angeführt vom britischen Premierminister David Lloyd George, dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und dem französischen Premierminister Clemenceau, der sagte: "Sie haben um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, Ihnen diesen zu gewähren."

Brockdorff-Rantzau entschied sich, mit der längeren seiner beiden Reden zu antworten und, gegen die Etikette, beim Reden sitzen zu bleiben. Beides kam nicht gut an. "Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die Alleinschuldigen bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge", sagte der deutsche Außenminister in Anspielung auf den heute berühmten "Schuldparagraphen" 231 des Vertrages, der die deutsche Verantwortung für sämtliche Kriegsschäden feststellte.

Obwohl Brockdorff-Rantzaus Rede, liest man sie heute nach, stellenweise durchaus kompromiß-, ja versöhnungsbereit klang, nahmen die Sieger nur das trotzige Sitzenbleiben und die Verweigerung der Anerkennung der deutschen Kriegsschuld wahr. Der britische Premierminister David Lloyd George zerbrach vor Aufregung ein Messer aus Elfenbein. Clemenceau schäumte vor Wut. Und Woodrow Wilson hielt die Rede für die "taktloseste Ansprache, die ich je gehört habe. Die Deutschen sind ein törichtes Volk, sie tun immer das Falsche", sagte

der amerikanische Präsident.

Im "Salle Clemenceau" des Hotels "Trianon Palace" erinnert heute eine Wandtafel an die Übergabe des Friedensvertrages an die deutsche Delegation. Ihre Vertreter werden namentlich nicht erwähnt. Die der Sieger schon. Der Festsaal, dessen Terrasse in den Schloßpark hinausweist, wird heute oft für Hochzeiten oder vergleichbar freudige Anlässe gemietet, vorausgesetzt, man kann die Saalmiete aufbringen, die bei 10.000 Euro einsetzt. ...

Als die Deutschen an jenem 7. Mai 1919 in ihr "Hotel des Réservoirs" zurückkehrten, entdeckten sie peu à peu, was der ihnen vorgesetzte Vertrag alles enthielt: die Besetzung des Rheinlandes, den Verlust aller Kolonien, Elsaß-Lothringens, der Gruben der Saar, des "polnischen Korridors" und von Teilen Schlesiens sowie Milliarden an Reparationen.

"Dieser dicke Wälzer war ziemlich unnötig", stellte Außenminister Brockdorff-Rantzau fest. "Man hätte das auch alles in einem Satz zusammenfassen können: 'Deutschland gibt alle Ansprüche auf zu existieren.'" In dieser beleidigten Stimmung kehrte Brockdorff-Rantzau zurück nach Weimar.

In den folgenden Wochen zeigten die Alliierten keinerlei Neigung, auf irgendwelche deutschen Änderungswünsche einzugehen. Brockdorff-Rantzau trat schließlich als Außenminister zurück. An seiner Statt unterzeichnete sein Nachfolger Hermann Müller am 28. Juni 1919 den Friedensvertrag im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, gemeinsam mit dem Verkehrsminister Johannes Bell. Es hatte sich auch niemand um die Aufgabe gerissen.

Frankreichs Premierminister Clemenceau hatte die Organisation der feierlichen Zeremonie persönlich in die Hand genommen. Es wurde ein Spektakel der Siegermächte: Hunderte von Diplomaten und Journalisten mühten sich um die Eintrittskarten. Die Delegationen fuhren in offenen Wagen vor, die Straßen waren an einem strahlenden Sommertag gesäumt von französischer Kavallerie. Es war auch das erste Mal in der Geschichte, daß die Unterzeichnung eines Friedensvertrages gefilmt wurde.

Versailles ist nicht nur Barockpracht und mit die größte Schloßanlage Europas, sondern auch Mahnmal der Macht und Schauplatz der Geschichte. Jener 73 Meter lange Prunksaal mit seinen 357 Spiegeln, seinen Deckengemälden und Kristalllüstern ist der touristische Höhepunkt der Schloßanlage. Doch Hinweise auf die historischen Ereignisse von 1919 sucht man bis heute vergeblich. Der Audioguide erzählt zwar ausführlich über Ludwig XIV., doch nichts über den Friedensvertrag von Versailles.

Eine Ausstellung im Erdgeschoß feiert derzeit den genialen Gartenarchitekten André Le Notre. Und wenn man im Schloßpark durch Le Notres barockes Landschaftskunstwerk flaniert, vorbei an den Statuen, dann hat man fast schon wieder vergessen, daß hier 1919 jener Frieden geschlossen wurde, der den nächsten noch viel größeren Weltkrieg heraufbeschwor.<<